

Wählt SAP
Liste 18



Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Diplomatische Beziehungen Berlin-München abgebrochen

Es klingt wie ein Bericht aus längst vergangenen Zeiten, aber es ist die nüchterne Wahrheit des Papen-Jahres 1932: Die Reichsregierung hat die diplomatischen Beziehungen zur Bayerischen Regierung abgebrochen.

Wir berichteten gestern über die Anklagerede, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Held gegen die Papen-Regierung gehalten hat. Diese Rede war die Antwort auf die geringschätzige und schulmeisterliche Art, mit der die Reichsregierung den Einspruch des bayerischen Kabinetts gegen das Vorgehen in Preußen zurückgewiesen hatte. Es war eine deutliche Antwort, die an sachlicher Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ.

Diese Anklage des (politisch weit rechts stehenden) Ministerpräsidenten des zweitgrößten deutschen Landes ist der Regierung Papen mehr als peinlich. In einer Veröffentlichung aus Regierungskreisen wird in einem geradezu kläglichen Ton darüber gejammert, wie sehr sich doch Papen, Gayl und andere Reichsminister um die Freundschaft Bayerns beworben, wie viele Reisen sie deshalb unternommen und wie viele Reden sie extra zu diesem Zweck gehalten hätten — und all dies sei nun vergeblich gewesen. Nach diesem Klagelied macht sich die Reichsregierung wieder stark und erklärt, daß dieses Verhalten des bayerischen Ministerpräsidenten naturgemäß seine Konsequenzen nach sich ziehen müsse.

Welcher Art diese Konsequenzen sein werden, verrät die Hugenberg-Presse, die es „von unterrichteter Seite“ erfahren hat. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß

ein direkter loyaler Meinungsaustausch zwischen Berlin und München zur Zeit unmöglich

sei. Die Reichsregierung werde ihrem Beauftragten in Süddeutschland, dem Freiherrn von Lersner, keine Aufträge mehr zur Unterrichtung der Münchener Regierung erteilen. Auch der bayerische Gesandte in Berlin werde von der Reichsregierung nicht mehr unterrichtet werden.

Die Hugenberg-Presse nennt dies „einen wenig verschleierte Abbruch der diplomatischen Beziehungen“ und jubelt über die mannhaft Energie der Reichsregierung. Vor 60 Jahren wäre es bestimmt nicht beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen geblieben. Damals hätte man nicht vor einem Kriege zurückgeschreckt. Es ist nicht das Verdienst der Papen und Gayl, wenn diese Konsequenz im Jahre 1932 nicht mehr in Frage kommt.

Der Vorgang ist ein Musterbeispiel dafür, mit welcher staatsmännischen Begabung diese Regierung der Junker und Barone

alle anderen Regierungen vor den Kopf stößt.

So wie hier deutsche Einzelstaaten zur schärfsten Abwehrstellung gezwungen werden, genau so fordert die Papen-Regierung alle anderen Staaten Europas durch ihre wirtschaftlichen, militärischen und politischen Maßnahmen heraus. Leider sind dort die Gefahren äußerster Konsequenzen viel größer!

Zum Konflikt zwischen dem Reich und Bayern wird die Arbeiterschaft gut tun,

sich keinerlei Illusionen über die Auswirkungen dieser Differenzen hinzugeben.

Wohl ist es möglich, daß der Papen-Regierung einige Schwierigkeiten erwachsen werden — das wird aber auch bestimmt alles sein. Der Arbeiterklasse werden diese Auseinandersetzungen keine entscheidende Erleichterung bringen — sie muß ihren Kampf selbst und selbstständig führen gegen die Reaktionen und Konterrevolutionäre aller Schattierungen!

Auf ein halbes Jahr verboten!

Berlin, 1. November.

G.N.B. Die Wochenschrift „Das Ausere Deutschland“ ist mit Ver-

fügung vom 1. November vom Polizeipräsidenten bis zum 30. April 1933 verboten worden.

Es ist geradezu ungeheuerlich, eine Wochenzeitung auf ein halbes Jahr zu verbieten. Das kommt praktisch der Vernichtung einer Zeitung gleich. „Das Ausere Deutschland“ ist die Zeitung der Deutschen Friedensgesellschaft. Seit zehn Jahren führt das Blatt, das sich aus den kleinsten Anfängen zu einer bedeutenden Auflage entwickelt hat, einen scharfen und tapferen Kampf gegen den deutschen Militarismus und gegen alle Kriegsvorbereitungen. Die Kriegsgegner werden sich durch diese brutale Unterdrückungsmaßnahme nicht entmutigen lassen, sondern im Gegenteil mit verdoppelter Kraft und Energie gegen den deutschen Militarismus und Nationalismus kämpfen!

„Weggeworfene Stimmen!“

„Es hat keinen Sinn, am 6. November für die SAP zu stimmen. Die SAP-Stimmen sind ja doch weggeworfen.“

Die so zu den Anhängern der SAP sprechen, bilden sich meistens ein, tüchtige Revolutionäre zu sein. In Wirklichkeit aber hätten sie wegen ihres kindlichen Glaubens an den bankrotten Parlamentarismus die Ehrenmitgliedschaft in der „Völkerbefreienden“ verdient.

Jawohl! im parlamentarischen Sinne sind die Stimmen der SAP weggeworfen.

Aber, Hand aufs Herz, ihr vermeintlichen Revolutionäre, gilt das gleiche nicht auch von den Stimmen der KPD und der SPD?

Ist nicht der ganze Parlamentarismus bankrott?

Erklären die Reaktionen aller Schattierungen nicht jetzt schon jedem, der es hören will, daß der neue Reichstag genau so wie sein kürzlicher Vorgänger behandelt wird, wenn er sich nicht entschließt, der Papenregierung aus der Hand zu fressen?

Nur Kinder und hoffnungsvolle Toren können noch ihre Hoffnungen auf ein Parlament setzen, dessen Ohnmacht offenkundig ist. Die Schlachten, die das Proletariat zu schlagen haben wird, werden nicht auf dem Parkettboden des bankrotten Parlaments ausgetragen, sondern in Betrieb und Werkstatt, auf den Stempelstellen, überall dort, wo sich die Klassegegner Brust an Brust gegenüberstehen und sich ins Weiße des Auges blicken.

Und darum haben unter den heutigen Verhältnissen die parlamentarischen Auseinandersetzungen herzlich wenig, die außerparlamentarischen Kämpfe aber alles zu bedeuten.

In dieser Hinsicht aber sind die Stimmen, die für die Liste 18 abgegeben werden, von allergrößtem Gewicht!

Keine Partei kämpft mit solcher Zähigkeit und Zielsicherheit für die Aufrichtung der außerparlamentarischen proletarischen Einheitsfront wie die SAP!

Die SAP mußte ja gerade deswegen unter schweren Opfern gebildet werden, weil es sich als unmöglich erwies, innerhalb von SPD und KPD für eine Politik zu wirken, die die Arbeiterklasse im Kampf für gemeinsame Ziele zusammenschweißt und zu Kampf und Sieg befähigt.

Wer sich frei weiß von allen parlamentarischen Illusionen, wer begriffen hat, daß die SPD trotz ihrer acht Millionen Stimmen faktisch am Ende ihres Lateins ist,

wer versteht, daß jeder Stimmengewinn der KPD ihren ultralinken Kurs stärkt und somit die Aufrichtung der außerparlamentarischen Einheitsfront verhindert,

der muß am 6. November zeigen, daß er den Mut hat, gegen den Strom zu schwimmen und

für die Liste 18 stimmen!

Was bringt uns die Streichung der Reparationen?

Von M. Pupko

Auch in diesem Wahlkampf spielt die Frage, welche Bedeutung die Reparationen für die deutsche Wirtschaftskrise haben, eine bedeutende Rolle. Nazis und Kommunisten überbieten sich in Behauptungen, daß die Reparationen die Hauptschuld an der Not der werktätigen Massen trügen. Auch die Führer der SPD und der Freien Gewerkschaften haben in den letzten zwei Jahren den Kampf gegen die Reparationen in unerschlicher und demagogischer Weise in ihr Agitationsmaterial aufgenommen. All dies ist deshalb so gefährlich, weil es die deutschen Arbeiter von ihrem wirklichen Feind und Ausbeuter ablenkt und dem Nationalismus Eingang verschafft in die Reihen des organisierten Proletariats. Um so wichtiger und aktueller ist die in dem folgenden Artikel angestellte Untersuchung der Reparationsfrage. Die Redaktion.

Das Reparationsproblem könnte heute zu den Akten getan werden. Reparationen werden mit Ausnahme einiger unbedeutender Zahlungen nicht mehr geleistet. Von Auswirkungen auf die Weltwirtschaftskrise kann wohl nicht mehr gesprochen werden. Immer noch wirkt aber die Propaganda der Nationalisten nach, die in den Reparationen die einzige Ursache unserer Not sehen wollten, immer noch nährt die KPD durch ihre Propaganda für nationale und soziale Befreiung die Auffassung, als wenn die Schuldigen für die Leiden des Proletariats nicht in der deutschen Bourgeoisie, sondern im Ausland zu suchen seien, lenkt dadurch ihre Anhänger vom Klassenkampf ab und ermöglicht es, daß politische Abenteurer vom Schlage Scheringers in ihren Reihen eine Rolle spielen. Eine Untersuchung des Reparationsproblems ist darum nicht müßig. Sie kann uns nur das bestätigen, was uns ja heute schon die Tatsachen zeigen, daß nämlich die Ursachen der Krise anderswo liegen und daß der Portfall der Reparationen nicht einmal, insofern ist, die Verschärfung der Krise aufzuhalten, geschweige denn ihren weiteren Verlauf wesentlich zu beeinflussen.

Die Auswirkungen der Reparationen werden im allgemeinen so dargestellt: Deutschland mußte zahlen, zahlen, zahlen; es mußte viel größere Beträge aufbringen, als es Gold hat, ja als es überhaupt Gold auf der Welt gibt. Diese Zahlungen kann es nur durch vermehrte Ausfuhr decken. Es zahlte mit Waren, die es auf dem Weltmarkt verkaufen mußte. Damit nimmt es den ausländischen Industrien die Möglichkeit, ihre eigenen Produkte zu verkaufen und die Krise ist da. Schafft die Reparationen ab und die Krise ist beseitigt, schafft die Reparationen ab und wir haben wieder den guten alten Kapitalismus, der uns so herrlich weit gebracht hat. Das ist die Auffassung in Deutschland und zum Teil auch in anderen Ländern, das ist das Wirtschaftsprogramm der größten Partei in Deutschland, die über 14 Millionen Wähler hinter sich vereinigt hat.

Unsere Auffassung ist anders. Ueberproduktionskrisen hat es gegeben, solange es den Kapitalismus gab. Auch diese Krise ist eine ausgesprochene Ueberproduktionskrise. Es wäre noch verständlich, wenn Deutschland arm wird, das doch die Reparationen zahlen muß. Daß aber die anderen Länder arm werden, obwohl sie die Zahlungen erhalten, ist doch gerade das Rätsel. Frankreich zahlt doch keine Reparationen, England und Amerika auch nicht. Wie kommt es denn, daß diese Länder arm werden, wenn sie Zahlungen ohne Gegenleistung oder wenn sie Lieferungen erhalten, ohne sie bezahlen zu müssen?

Das „Verkaufen-müssen“ ist ein rein kapitalistisches Problem, das es in einer sozialistischen Wirtschaft nicht gibt. Wenn da eine Erhöhung der Produktion eintritt und die Produkte ließen sich nicht verkaufen, so brauchte nur das Einkommen der Massen erhöht zu werden, und die Produkte würden ihre Abnehmer finden. Die russische Wirtschaft würde also die Reparationen, ob in Gold oder Produkten, ohne weiteres vertragen können und nur Vorteile daraus ziehen. Den

200 000 streikende Spinner in Lancashire

London, 1. November.

In den Baumwollspinnereien in Lancashire ist am Montag ein Streik ausgebrochen, der heute so gut wie vollständig ist. Nur in einzelnen Spinnereien, die sich bereit erklärten, die bisherigen Löhne unverändert weiterzahlen, wurde heute noch gearbeitet. Insgesamt dürften 190 000 bis 200 000 Spinner nunmehr streikend sein. Der Schlichter des Arbeitsministeriums, Leggett, begab sich heute nach Manchester zur Besprechung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Gewerkschaften. Sie endete, ohne daß neue Verhandlungen zwischen beiden Parteien vereinbart wurden. In den nächsten Tagen wird zunächst eine Urabstimmung unter den Anwesenden über die Wiederaufnahme der Arbeit stattfinden. Sollte der Streik nicht bald zu Ende gehen, so müßten Stilllegungen in den Baumwollwebereien die Folge sein, die erst vor Monatsfrist nach vierwöchigem Streik wieder zu arbeiten begonnen hatten.

Der neue Massenstreik von 200 000 Textilarbeitern in den Spinnereien des Gebietes von Lancashire zeugt von dem gewaltigen Kampfwillen der englischen Arbeiterschaft. Doch dieser Kampf zeigt auch die ganze Erbärmlichkeit der reformistischen Niederlagenstrategie der Gewerkschaftsführung.

Vor kurzer Zeit haben 250 000 Weber in Lancashire über 4 Wochen gestreikt. Damals hat die Gewerkschaftsführung alles getan, um durch eine faule, einseitige Kompromißvereinbarung die von demselben Lohnabbau wie die Weber bedrohten Spinner vom gleichzeitigen Streik abzuhalten. Dieses Manöver gelang leider. Dem ist nicht zuletzt zu verdanken, daß die allein kämpfenden Weber eine Niederlage erlitten. Hätten nämlich damals die Weber und Spinner, d. h. zusammen rund eine halbe Million Textilarbeiter gestreikt, so wäre es schwer gewesen, zu verhindern, daß der Kampf einen politischen Charakter angenommen, zu politisch-revolutionären Forderungen und Konsequenzen geführt hätte.

Nur wenn die Textilarbeiter ihren Kampf über den ausgereichtschafflichen Rahmen hinaus zu einer politischen Massenaktion machen, die die Regierung und herrschende Klasse unter politischen Massendruck setzt, können sie siegen.

Arbeitslosendemonstration vor dem Parlament

London, 1. November.

WTB. Eine Deputation der nach London gekommenen Arbeitslosen versuchte heute die Petition mit einer Million Unterschriften dem Unterhaus vorzulegen. Die Polizei hatte weitgreifende Vorkehrungen getroffen, rund um das Unterhaus eine Sperrkette gezogen

und die dort angesammelte Menschenmenge mit Leichtigkeit zerstreut.

Im Unterhaus selbst wäre die ganze Angelegenheit überhaupt nicht in Erscheinung getreten, hätte nicht ein Galeribesucher die Verhandlungen über die Ottawa-Abkommen mit einem Zwischenruf gestört. Der Mann rief: Im Namen von Millionen Arbeitslosen verlange ich, daß ihre Deputation empfangen wird, laßt Hanington frei! Der Mann wurde entfernt.

Riesiges Polizeiaufgebot

London, 1. November.

WTB. Die heutigen Demonstrationen vor dem Unterhaus sind dank des großen Polizeiaufgebotes bisher im großen und ganzen ziemlich ruhig verlaufen. Stellenweise Ansätze zu erneuten Tumulten wurden von der Polizei im Keime erstickt. In der Umgebung des Unterhauses waren hunderte von Polizisten zu Fuß und Pferde zusammengezogen, die durch Bereitschaften in den Seitenstraßen jederzeit verstärkt werden konnten.

In einiger Entfernung vom Unterhaus gab es starke Ansammlungen, die von der Polizei zerstreut werden mußten. In Whitehall kam es in der Straße der Ministerien in d. Nähe des Kenotaph zu einem Aufruhr. In der Nähe vom Trafalgar Square mußte (!) eine Polizeieinheit scharf gegen die dort versammelte Menge vorgehen, die ein Stein- und Flaschenbombardement auf die Polizisten eröffnet hatte. Auf dem Themse-Kai wurden zwei Automobile von Demonstranten umgeworfen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Zahlreiche Fensterscheiben wurden eingeworfen.

London, 2. November.

WTB. Bei den gestrigen Arbeitslosendemonstrationen in der Nähe des Parlamentsgebäudes wurden insgesamt 50 Demonstranten festgenommen. Einige an der Demonstration Beteiligte wurden verletzt.

Auch in Amerika

Chicago, 31. Oktober.

1300 Arbeitslose (es dürften wohl mehr gewesen sein, d. Red.) veranstalteten heute auf dem Grant Michigan Boulevard, der von Wolkenkratzern und Luxushotels flankiert ist, einen Demonstrationzug. Auf mitgeführten roten Plaggen und Bannern waren Inschriften zu lesen wie „Weniger Polizei und mehr Brot“, „Stimmt kommunistisch“, „Wir fordern Arbeitslosenversicherung“. Hunderte von Schulkindern hatten sich den Demonstranten angeschlossen. Auch diese trugen Fahnen mit Inschriften. Die Kundgebung nahm ihren Verlauf unter Aufsicht von tausend Polizisten, die mit Revolvern, Karabinern und Tränengasbomben ausgerüstet waren. Es kam aber zu keinem Zwischenfall.

Koalitionsregierung in Estland

Reval, 1. November.

Konstantin Päts hat heute die vierwöchige Kabinettskrise mit der Bildung einer neuen Regierung beendet. In der die drei großen Parteien des Landes wie folgt vertreten sind:

Ministerpräsident Päts, Agrarpartei, Außenminister Rei, Sozialdemokrat, Volkswirtschaft Jürmann, Agrarpartei, Inneres und Justiz Anderkopp, Nationales Zentrum, Landwirtschaft Tupits, Agrarpartei, Landesverteidigung General Tõnisson, parteilos, Verkehr Johanson, Sozialdemokrat, Soziale Fürsorge Kukke, Nationales Zentr.

Außenminister Rei ist früherer Ministerpräsident und einer der Führer der Sozialistischen Partei.

Weiter für Koalitionspolitik

Prag, 1. November.

Der Kongreß der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der tschechoslowakischen Republik hat die vom Resolutionsausschuß vorgeschlagene Entschließung mit 415 gegen 27 Stimmen angenommen. Die Resolution lehnt eine Einheitsfront mit den Kommunisten ab und tritt für die Zusammenarbeit mit der tschechischen Sozialdemokratie ein. Diese Zusammenarbeit führe zu einer wirklichen Einheitsfront der Arbeiterschaft und habe sich bereits bewährt. Die Voraussetzungen für die Teilnahme der Partei an der Regierung seien auch gegenwärtig in vollem Umfang vorhanden.

Präsidentenwahl in Chile

Santiago de Chile, 1. November.

Bei der gestrigen Präsidentenwahl erhielt Arturo Alessandri mit rund 180 000 von insgesamt 325 000 Stimmen die absolute Mehrheit. Von den übrigen Kandidaten erhielt der Kommunistenführer Grove 60 000, Oberst Rodriguez 45 000, Zanartu 35 000 und Lafferte 5000 Stimmen.

Deutschland ist nicht dabei

Genf, 1. November.

In der Resolution des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli war den beteiligten Regierungen empfohlen worden, den im vorigen Jahre abgeschlossenen Rüstungsstillstand für vier Monate vom 1. November ab zu erneuern. Bis heute haben 46 Staaten dem Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß sie mit der vorgeschlagenen Verlängerung einverstanden sind. Unter ihnen befinden sich u. a. Rußland, Italien, Frankreich und Großbritannien.

3 Reichswahlvorschläge gestrichen

Berlin, 1. November.

Der Reichswahlausschuß hat die Reichswahlvorschläge zur Reichstagswahl unter der Voraussetzung zugelassen, daß Kreiswahlvorschläge zugelassen werden, die sich an diese Reichswahlvorschläge anschließen. Diese Voraussetzung ist für die Reichswahlvorschläge Nr. 22 „Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Baltikum-, Oberschlesien-, Grenzschutz und Freikorpskämpfer)“, Nr. 23 „Deutsche Kaiserpartei“ und Nr. 24 „Deutsche Präsidialpartei“ nicht erfüllt worden. Diese Reichswahlvorschläge wurden gestrichen.

Ein Terror-Urteil

(Eigener Bericht der „SAZ“) Dresden, 31. Oktober.

In der Nacht zum 4. März 1932 wurde der Polizeihauptwachmeister Schiekel in Dresden-Wöllnitz mit einem tödlichen Herzschuß aufgefunden. Der Täter war unerkannt entkommen. In der Folge verhaftete die Polizei an die 500 der KPD nahestehende Personen, weil in der fraglichen Nacht und ganz in der Nähe des Tatortes kommunistische Wahlparolen gemalt worden waren. Schon im März waren die der KPD angehörigen Arbeiter Emil Schmidt und Johannes Hofmann, sowie der parteilose Arbeiter Willy Abt aus Dresden-Gorbitz verhaftet, dann aber aus Mangel an Beweisen zunächst wieder entlassen worden. Nunmehr standen die genannten Arbeiter vor dem Dresdner Schwurgericht.

Aus der Verhandlung ergab sich, daß Schmidt und Abt die Kesselsdorfer Straße nach beiden Seiten „sicherten“, während Hofmann zwischen ihnen die Anstreicher politischer Parolen vollführte. Schmidt, der an Krampfanfällen leidet, wie auch vom ärztlichen Gerichtssachverständigen bestätigt werden mußte, ist hierbei von dem patrouillierenden Schiekel gestellt worden. In einem krankhaften Anfall zog Schmidt die zur Abwehr von Naziüberfällen mitgeführte Pistole — und das Unglück war geschehen.

Staatsanwälte und bürgerliche Richter sind in solchen Fällen immer schnell dabei, einem Proletarier „vorsätzliche Handlung“ zu unter-

stellen. Schmidt wurde dann auch, wie wir bereits kurz meldeten, zu der ungeheuerlichen Strafe von 12 Jahren 2 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt; Hofmann und Abt, die ja weit vom Schuß waren, wurden freigesprochen.

Die für den Arbeiter Schmidt so erschütternden Folgen haben aber noch eine politische Seite. Ganz abgesehen davon, daß der KPD-Genosse Schmidt unverantwortlich handelte, daß er eine Waffe bei sich führte, so darf doch das Folgende der Arbeiteröffentlichkeit nicht verschwiegen werden:

Der 24 Jahre alte Genosse Schmidt war fast ab seiner Schulentlassung in der kommunistischen Bewegung organisiert. Wir fragen die Mitglieder der KPD: Warum haben die in Ostachsen verantwortlichen Führer der KPD, der Reichstagsabgeordnete Siegfried Rädcl, der Landtagsabgeordnete Rudolf Renner und der Parteisekretär Martin Schneider, warum haben sie es für Schmidt zu diesem erschütternden Urteil kommen lassen? Nachdem das von ihrem Kampfgenossen ebensowenig wie von der Führung der KPD gewollte Unglück geschehen war, entsprach es den einfachsten Regeln proletarischer Solidarität, Schmidt leichtmögliche Hilfe zu gewähren. Wir klagen die Führung der KPD an, daß sie verantwortungslos den Genossen Schmidt der Pein aus-

kapitalistischen Ländern machen sie, wenigstens in der Krise, tatsächlich Schwierigkeiten, indem sie das Überangebot auf den Weltmärkten erhöhen. Eine Erhöhung der Einkommen der großen Massen durch die Konkurrenz erhöht und die Ueberproduktion schwächen würde, ist hier aber nicht möglich. Denn mit der Erhöhung der Arbeitslöhne würde in auch der Profit sinken.

Die Reparationen haben also zur Ueberfüllung der Märkte mit beigetragen. Für die Weltwirtschaft spielen aber Beträge von 1 1/2 Milliarden eine so geringe Rolle, daß ihr Fortfall sich nirgends in der Welt bemerkbar gemacht hat. Wichtig ist die Frage schon für Deutschland. Aber auch hier wird die Bedeutung der 1 1/2 Milliarden sehr überschätzt.

Allein die Hauszinssteuer, die es ja vor dem Krieg nicht gab, bringt ein Mehrfaches der Reparationen. Jede einzelne der neuen Steuern für sich bringt eine kleine Reparation, manche mehr. Es werden mindestens 10 Milliarden mehr erhoben als vor dem Krieg. Auch die Verminderung der Reparationen, die zweimal erfolgte, einmal im Youngplan um etwa 600 Millionen, dann im Hoovermoratorium und jetzt die Streichung, brachten darin keine Änderung? Wo bleibt denn das alles? Es müssen doch ganz andere Ausgaben davon bestritten werden, die nichts mit Reparationen zu tun haben. Und wenn dann die Lasten drückend werden, macht man sich die Sache leicht und sagt, die Reparationen seien an allem schuld.

Da finden wir zum Beispiel die Osthilfe, ein Geschenk an die ostelbischen Großgrundbesitzer. Sie beträgt allein ungefähr eine Jahresrate der Reparationen. Da ist die Bankenrenovierung. Wieder ist es bald eine Reparationsrate. Die Summen, die jährlich an Subventionen der Industrie gezahlt werden, gibt man erst gar nicht bekannt. Sie werden aber auch nicht kleiner sein als eine Reparationsrate. Dazu kommen die Pensionen an Offiziere, übertriebene hohe Gehälter der hohen Beamten, und ähnliches. Dazu kommen die Summen, die zur Roggenstützung (künstliche Verteuerung des Getreides), die im Spritmonopol zur Verteuerung der Kartoffeln ausgegeben werden. Wenn man das alles zusammenrechnet, so ergibt sich ein Vielfaches der Reparationen. Die bankerotten deutschen Kapitalisten erheben die Reparationen mit einem Aufschlag von hunderten Prozenten und stecken den Löwenanteil in ihre eigene Tasche. Das aber kränkt sie bitterlich, wenn sie auch nur einen Pfennig von ihrem Raub an Frankreich zahlen sollen. Und dabei verstehen sie es noch trefflich, die ganze Volkswirtschaft, den wahren Schuldigen, auf das Ausland abzulenken. Die Streichung der Reparationen hat nur das geändert, daß jetzt die Geschenke an die Bourgeoisie und an die Junker noch großzügiger werden. Das ist das einzige Ergebnis dieser „nationalen und sozialen Befreiung“. Fort mit den Tributlasten, das soll auch unsere Lösung sein, aber mit den Tributlasten, die an die deutschen Agrarier, an die bankerotten Industriellen und Bankführer und an die abgetakelten Offiziere und Minister gezahlt werden!

Nun wird einem meistens der Einwand gemacht, es sei ein Unterschied, ob man das Geld ins Ausland gibt oder ob es im Inland bleibt. Bleibt es denn wirklich im Inland? Geld läßt sich nicht halten. Der eine macht eine Reise ins Ausland, mancher siedelt sich dort an und läßt sich hohe Einkünfte nachschicken. Der andre kauft sich ein ausländisches Auto oder einen echten Perserteppich, französische Schminke, wertlose Kreuzeraktien oder anderes Zeug. Das Geld wandert hinaus für amerikanische Filme oder für verfehlte Frankenspekulationen, die Deutschland seinerzeit mehr als 100 Millionen gekostet haben. Es wandert hinaus, sowie die Situation brenzlich wird und eine Entwertung befürchtet werden kann, es wandert hinaus, um vor hoher Besteuerung geschützt zu werden. Da gibt es ein Loch in der Zahlungsbilanz, das durch keine noch so große Ausfuhr gedeckt werden kann. Nach der Inflation hat Deutschland ungefähr 8 Milliarden Reparationen gezahlt. Es hat in der gleichen Zeit mehr als 20 Milliarden Auslandsschulden gemacht. Alles um 8 Milliarden an Reparationen zu zahlen? Oder um die Wirtschaft aufzubauen? Zum Vergleich wollen wir anführen, daß Rußland nur etwa 2,6 Milliarden Schulden gemacht hat, um seinen Fünfjahresplan aufzubauen, wobei es nicht im entferntesten über die technischen Hilfsmittel verfügte wie Deutschland. 8 Milliarden betragen die deutschen Reparationen seit der Inflation, 12 Milliarden sind darüber hinaus gepumpt worden. Diese sind lediglich auf das Konto der falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schreiben.

Nehmen wir an, die Verzinsung der gepumpten 20 Milliarden beträgt im Durchschnitt 7 1/2 Prozent, was bestimmt nicht zu hoch angenommen ist, so betragen die jährlichen Zinslasten aus dieser Verschuldung 1 1/2 Milliarden, genau so viel, wie die Reparationen nach dem Youngplan Schafft die Reparationen ab! Was ist damit gebessert? Dank der Pumptüchtigkeit der Bourgeoisie und ihrer Unfähigkeit, die Wirtschaft ohne fremdes Gold in Gang zu halten, stehen wir dann genau da, wo wir zu Beginn der Reparationszahlungen waren. 20 Milliarden werden gepumpt, um 8 zu bezahlen, 10 Milliarden werden erhoben, wenn 1 1/2 gebraucht werden. Kann es denn überhaupt auf diese Weise besser werden? Kann es denn besser werden, wenn nicht von Grund auf alles geändert, wenn nicht das ganze morsche und überlebte kapitalistische System über den Haufen geworfen wird?

Kleine Nachrichten

Wandsbek, 1. November.

Die bei den politischen Zusammenstößen am Sonntag in der Mathildenstraße in Wandsbek durch Schüsse schwer verletzten Kommunisten Schwarz und Borowski sind ihren Verletzungen erlegen.

Thälmann überschlägt sich

Der Wahlkampf der KPD ist ganz auf die schlimmste nationalistische Tonart eingestellt. Nach dem Muster ihres von uns bereits gekennzeichneten Wahlauftrages führen sie den Kampf als „rote Freiheitspartei“ unter dem Motto „Gegen Versailles und Kapitalismus“. Der Versailler Vertrag, der doch nur ein Teil des kapitalistischen Systems ist, wird also

Genosse, hast Du schon?

Dir einmal überlegt, wen Du aus Deinem Bekanntenkreis als Mitstreiter für die SAP und für die Liste 18 gewinnen kannst?

Jeder Genosse und jede Genossin kann wenigstens einen neuen Anhänger für uns gewinnen.

hier von einer Partei, die noch immer behauptet, marxistisch zu sein, selbständig neben den Kapitalismus gesetzt, ja sogar ihm vorangestellt. Tiefer geht's nimmer.

Ein Beispiel (eins von tausenden!) für diese nationalistische Hetze ist eine Rede, die Thälmann dieser Tage in einer Pariser kommunistischen Versammlung gehalten hat. Genau wie Hitler machte er der Sozialdemokratie den Vorwurf, sie habe ihre Unterschrift „unter das demütigende und entehrende Diktat von Versailles gesetzt“. Dann fuhr er fort: „Die werktätigen Massen Deutschlands stöhnen unter der doppelten Ausplünderung durch die deutsche Bourgeoisie und die imperialistischen Sieger von Versailles“. Diese Gleichsetzung von innerer und äußerlicher Ausbeutung ist wörtlich dem nationalsozialistischen Sprachschatz entnommen und könnte ohne weiteres in „Völkischen Beobachter“ stehen. Aber es kommt noch toller:

„Millionen von Deutschen sind durch den Versailler Vertrag unter die Herrschaft des französischen Imperialismus und seiner Vasallenstaaten geraten, oder sie schmachten in den Ketten des italienischen Faschismus, wie die Hunderttausende in Südtirol. Ihnen allen, dem ganzen breitschuldrigen werktätigen Volke und nicht zuletzt auch der Bevölkerung Elsaß-Lothringens wollen wir Kommunisten das volle und uneinge-

schränkte Selbstbestimmungsrecht für ihre soziale und nationale Befreiung erkämpfen.“

Ein Kommentar zu dieser eindeutig nationalistischen Propaganda erscheint uns überflüssig. Aber notwendig ist im Interesse des deutschen Proletariats, daß die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen am 6. November die richtige Antwort geben auf dieses Verbrechen am deutschen Proletariat. Sie können weder für die staatsbehaltende, nationale SPD, noch für die hypernationalistische KPD stimmen, sie müssen durch ihre Stimmabgabe

für die Liste 18

bekunden, daß sie den Kampf gegen Nationalismus und imperialistische Kriegsgelahr führen wollen mit der einzigen Partei, die in diesem Kampf konsequent ist,

mit der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Warum türmt Fememörder Heines aus Breslau?

Wir sind heute in der Lage, der Arbeiterschaft Breslaus mitteilen zu können, daß der Allgewaltige der SA, der Herr Heines, den wahrscheinlich ihm zu heiß gewordenen Boden unserer schönen Stadt in überstürzter Eile verlassen hat. Wohin rollst du Aepfelchen? fragen sich die SA- und SS-Führer und hoffentlich auch der hiesige Herr Staatsanwalt, oder sollte der Arm des Gesetzes diesmal sogar bis Tirol reichen? Wir wagen das schlichtern zu bezweifeln. Es wundern sich weiter die liebeglühenden SA-Jünglinge, daß

keineswegs beruhigen können und wir fragen uns, von SA-Mitgliedern zu erfahren, daß man bereits am eifrigsten Flecken des Schadens ist. Man läßt den erlauchten Prinzen Auwi auf der Bildfläche erscheinen.

Prinz Auwi soll die Parade abnehmen!

Es wäre wirklich nicht notwendig, in unserer Arbeiterzeitung dieses an und für sich bedeutungslose Ereignis zu registrieren, wenn nicht in dem selben Augenblick, als in der Breslauer SA und SS der NSDAP bekannt wurde, daß Auwi am Sonnabend, den 5. November, den sogenannten letzten Appell hier abnehmen soll, ein Sturm der Entrüstung losbrach. Wie mag den Herren der Gauleitung zumute sein, nachdem nun alle entscheidenden Funktionäre gedroht haben, ihre Funktionen niederzulegen, wenn diese Hohnzollkomödie durchgeführt würde.

Ein Teil der SA-Proleten sieht in Auwi nicht ihren Arbeiterführer und ist deshalb gewillt, den Gehorsam zu verweigern, weil sie nicht Lust haben, mit hungrigem Magen vor „Ihm“ die ausgemerkten Knochen zusammenzureißen.

Woher wissen die das alles in der „SAZ“? wird mancher Nazi fragen. Nun, wir sind keine Heilscher, aber ein großer Teil der SA-Mitglieder, darunter auch Sturmführer, sind der Meinung, uns alle diese hübschen Dinge mitteilen zu müssen, weil sie zur „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ und der SAP mehr Vertrauen haben als zu ihrer eigenen „Arbeiterpartei“.

Daran wird auch das letzte Rundschreiben der Gauleitung an die politischen Funktionäre nichts ändern, in welchem zwar befohlen wird, den Kreis der Mitarbeiter so klein wie nur irgend möglich zu fassen.

Sollte Heines von seiner „Tiroler Reise“ nicht zurückkehren, so kann man nicht um-

hin, der zuständigen Behörde, der Staatsanwaltschaft, die schwersten Vorwürfe zu machen.

Morgen beginnen die Verhandlungen in Schweidnitz.

Fememörder Heines war wegen Begünstigung in der Reichenbacher Sprengstoffattentatsaffäre angeklagt. Wie wir in unserer Nummer 245 veröffentlichten, wurden damals die Angeklagten 1-4 verhaftet, 5-8, darunter auch Heines, auf freiem Fuße gelassen. Die kleinen Diebe, drei SA-Leute und ein Sturmbannführer, will man hängen. Die großen (Standarten-, Gruppen- und Stabsführer) läßt man laufen.

Haussuchung im Hauptquartier der braunen Rowdies

Oder sollte die Flucht im Zusammenhang mit der gestern früh vorgenommenen Haussuchung im Brauner Hause stehen? Gegen 7 Uhr riegelte nämlich die Polizei das Braune Haus, dieses Hauptquartier der braunen Rowdies, ab und nahm überraschend eine Durchsuchung vor.

Die Haussuchung erfolgte auf Grund verschiedener Haftbefehle, die von verschiedenen schlesischen Staatsanwaltschaften gegen eine Anzahl von SA-Leuten erlassen worden sind. Fünf Personen wurden festgenommen, vier nach kurzem Verhör wieder entlassen, der Fünfte, ein oberschlesischer SA-Mann aus Gleiwitz, auf Grund eines Haftbefehls in Haft behalten.

Wie das „8 Uhr-Abendblatt“ von gestern mitteilt, hat man nach „hochverräterischem Material“ und anderen Dingen nicht gesucht, sondern sich lediglich darauf beschränkt, die Vollstreckung der Haftbefehle vorzunehmen. Da man von einer großen Anzahl Gesuchten nur einen festgenommen hat, so ist diese Aktion der Polizei als recht erfolglos zu bezeichnen.

Hugenberg vor leeren Stühlen

In Breslau sprach am Dienstagabend der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg in einem Saal, der noch nicht zum vierten Teil besetzt war. Arbeiter konnte man mit der Lupe suchen. Die Rede Hugenberg brachte im wesentlichen eine sehr persönlich gehaltene Verteidigung seiner bisherigen Politik und eine gelungene Polemik gegen die Nationalsozialisten. Interessant war folgende Erklärung: „Wenn wir Deutschnationale nicht gewesen wären, wäre 1932 eine marxistische Mehrheit im Reichstag gewesen. Aber dadurch, daß wir die SPD in die Koalitionsregierung gedrängt haben, so daß sie jede Notverordnung tolerieren mußte, haben wir das verhindert.“ Als zweiter Redner erklärte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Kleiner, der einzige eheliche Rock sei der graue Rock. Für die Deutschnationalen gäbe es nur einen Feind, den jenseits der Grenzen, die Polen und Franzosen. Die Redakteure des Breslauer Nazi-Blattes bezeichnete der Redner als verrückt gewordene Journalisten, die ins Irrenhaus gehörten.

Der Klingelbeutel der NSDAP

Die Nationalsozialisten sammeln in letzter Zeit nach Art der Heilsarmee mit Blechbüchsen Wahlspenden auf der Straße. Unseres Wissens bedürfen solche Sammlungen die Genehmigung des Oberpräsidenten. Es ist immer sehr schwierig gewesen, eine solche Genehmigung zu bekommen. Umso wunderlicher ist es, daß den Nationalsozialisten für diesen Zweck, scheinbar ohne weiteres, die Genehmigung gegeben worden ist.

Kind überfahren

Breslau, 1. November. In Breslau-Neukirch kletterte der neunjährige Alfred Huckel auf die Kuppelung zwischen einem Lastkraftwagen und dem Anhänger, während der Führer des Wagens diesen für kurze Zeit angehalten hatte und bei einem Kaufmann Zigaretten kaufte. Der Führer, der das Kind auf der Kuppelung nicht bemerkt hatte, setzte den Lastzug wieder in Bewegung. Auf der Straße nach Oltzschin hat der Knabe anscheinend versucht, von dem Lastzug herunterzuklettern, und ist dabei, ohne daß es der Führer bemerkte, heruntergestürzt. Straßenpassanten fanden später das schwerverletzte Kind mit einer Kopfwunde tot auf der Straße liegen.

Breslaus „Immertreue“ kriegen Streit

In der Nacht zum Dienstag machten sich gewisse Kreise der Breslauer Unterwelt auf der Taschenstraße vor der Liebichshöhe und auf der Stockgasse etwas lauter als sonst bemerkbar. Den Anlaß der Vorfälle gab ein zwischen zwei hiesigen „Ringvereinen“ aus noch unbekannter Ursache ausgebrochener Streit. Die beiden feindlichen Lager hielten sich in einem Lokal gegenüber der Liebichshöhe und vor diesem auf der Straße auf. Nur durch den rechtzeitigen Alarm des Ueberfallkommandos konnte eine große Schlägerei verhindert werden. Die Polizeibeamten räumten die Ansammlung auf der Straße, so daß die im Lokal bedrohten Ringleute sich zunächst noch unbehelligt entfernen konnten. Aber ihre Gegner gaben ihre Absicht, „Abrechnung“ zu halten, deswegen nicht auf. In Kraftwagen und zu Fuß zogen sie nach dem ersten Zwischenfall, der sich etwa gegen 1 Uhr ereignete, einte Stunde später nach der Stockgasse, wo es zu einem neuen Zusammenstoß der Angehörigen der beiden Ringvereine kam. Dabei wurden aus einem Auto auch mehrere Schüsse abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Auch hier schritt alsbald das Ueberfallkommando ein und nahm fünf Personen fest. In einem Auto wurde noch eine geladene und ensicherte Pistole gefunden.



Im Gerhart-Hauptmann-Theater Ludwig Zilahy, „Donnerstag, 17. April“

Ein Kriminalstück, in dem man drei Akte lang nach dem Mörder jagt. Ein inhaltsleerer Nervenkitzel. Paul Demels Können und Rudolf Klix' Spiel, die hervorragenden Frauenrollen Helene Dietrichs und Elise Eckerts und die beachtliche Leistung der jungen Hilde Volk sind für diesen Sensationsschappan viel zu schade. Die Inszenierung besorgt Harry Wüsten.

Im Lobetheater

William Shakespeare, „Komödie der Irrungen“ in neuer Fassung von Hans Rothe.

Mehr Rothe als Shakespeare. Aber das frühe Werk des großen englischen Dichters hat eine wirksame Ueberarbeitung erfahren. Liebe und Eifersucht, Angst und Freude, der Empfindungsreichtum, die Anschaulichkeit und Farbe einer wirklichkeitsgesättigten Welt bekommen auf der Bühne Gestalt. Leben. Der aristokratische Grundton der Shakespeareschen Dichtung ist verschwunden. Das Dieritzwillingspaar Dromia gibt den Ton an. Von Menschel und Inger unvergeßlich gespielt, wachsen diese Rollen schließlich über den Lustspielcharakter weit hinaus. Wiltons frische Inszenierung gibt einen farbenfrohen Hintergrund. Das Stück erntete sehr starken Beifall. E. K.

Heute nicht die Revolutionsteler im Konzerthaus vergessen!

auch die schmucke SA-Chauffeurin Gräfin von Reichenau (genannt Kamrad Schnitrschuh) so urpöflich nicht mehr ihre „Funktionen“ ausübt.

Gleichzeitig ist eine zweite Säule der NSDAP geborsten. „Herr“ Herden wurde nämlich seiner Funktionen mit Knall und Fall entthronen. Er war zwar ein tüchtiger Nationalsozialist, soll aber bei seinem allzu reichlichen Umgang mit der holden Weiblichkeit sein Temperament und damit auch sein Mundwerk nicht genügend im Zaume zu halten verstanden haben.

Man wird die bei solchen Zuständen in der Organisation rebellisch gewordenen Mitglieder

Ein verpfuschter Streik Versagen der Fabrikarbeitsverbandsleitung

Ende September wurden in der Papierfabrik Sakrau bei Breslau auf Grund der Papen-Verordnung 50 Arbeiter eingestellt. Damit betrug die Belegschaft 665 Personen, davon etwa ein Viertel Frauen. Die Firma war nun bestrebt, den von Papen gewährten Extra-„Vorteil“ der Neueinstellung in Form von Lohnabbau für sich auszunützen. Der Direktor Richter erklärte: Obwohl die Direktion das Recht hätte, für die 30. bis 40. Wochenarbeitsstunde vom Lohn 20 Prozent abzuziehen, würden vorläufig nur 10 Prozent abgezogen. In der am Sonntag, dem 2. Oktober, vom Betriebsrat einberufenen Belegschaftsversammlung, in der fast die gesamte Belegschaft vertreten war, wurde einstimmig beschlossen, falls die Direktion den Papen-Lohn einführt, in den Abwehrkampf zu treten. In darauf geführten Verhandlungen erklärte die Direktion — „größtenteils“, wie sie nun einmal ist —, daß sie sich bis zum 24. Oktober den alten Lohn weiter zahlen wolle. Am 16. Oktober fand die zweite Belegschaftsversammlung statt. Diese beschloß einstimmig Kampagne gegen jeden Pfennig Lohnraub. Die Direktion antwortete darauf am Montag, dem 17. Oktober, mit dem Aushang, daß schon „ab heute 10 Prozent Lohnabbau durchgeführt“ würden.

Darauf setzte Dienstag früh der Abwehrkampf in voller Schärfe ein. Schon die Nacht schicht blieb geschlossen der Arbeit fern. Dienstag und auch Mittwoch wurde der Streik von der ganzen Belegschaft geschlossen geführt. Auch die im Betrieb beschlossenen Nazis streikten mit. Aber schon am Mittwoch früh gingen Erwerbslose d. h. betriebsfremde Nazis aus Sakrau und Umgegend, als Streikbrecher an zu arbeiten. Donnerstag früh liefen einige unorganisierte Frauen in den Betrieb. Als die Direktion sah, daß sich die Kampffront lockerte, wandte sie Druck- und Bluffmittel an. Sie legte Listen auf und forderte öffentlich alle Streikenden, die wieder arbeiten wollen, auf, sich einzuschreiben; wer sich nicht einschreibe, werde nicht mehr eingestellt.

Nun bröckelte die Kampffront zusehends ab. Der Rest der Streikenden trat am Donnerstag früh um 10 Uhr zu einer Versammlung zusammen und beschloß, den Kampf bedingungslos abzubrechen. 14 SPD-Kollegen, darunter einige Betriebsratsmitglieder, und zwei KPD-Kollegen wurden nicht mehr eingestellt, sie blieben als Gemäßigtere auf der Strecke. Von den streikenden Nazis dagegen wurde keiner entlassen, ebenso blieben alle Nazi-Streikbrecher im Betrieb. Sie werden auch jetzt als „tüchtige“ NSBO-Mitglieder sicher nicht aus der NSDAP ausgeschlossen. Hier zeigt sich ganz klar, daß die NSBO von den Unternehmern ganz richtig als kapitalistische Hilfs- und Streikbrecherorganisation eingeschätzt wird. Sie macht zwar überall großes Geschrei, daß die Nazis die Streiks der Ar-

beiter billigen und überall mitmachen, aber — die ersten Streikbrecher sind Nazis.

Soweit der Verlauf des verloren gegangenen Streiks. Jeder wird fragen: Wo war hier die Gewerkschaft, wo eine zielbewußte Leitung des Kampfes? Diese Frage ist um so berechtigter, als 50 Prozent der Belegschaft im Fabrikarbeitsverband organisiert sind — ein gewiß nicht genügender, aber nach den allgemeinen Verhältnissen für derartige Betriebe auch nicht schlechter Prozentsatz. Aber die Leitung des Fabrikarbeitsverbandes mit dem Breslauer Angestellten-Deutsches Gewerkschaftsbund hat sich offiziell von dem Streik ferngehalten, und zwar — weil sie sich auf Grund der Regierungsverordnungen an die Friedenspflicht (!) gebunden erachtete. Sie hat nur ihren Mitgliedern, soweit sie im Kampf waren, Streikunterstützung zugesagt. Dieses Versagen der SPD-Verbandsfunktionäre im Betrieb hat sich an den Arbeitern bitter gerächt. Trotz des einmütigen Kampfwillens, trotz der geschlossenen Arbeitsniederlegung blieb der Streik faktisch ohne Führung und mußte so verloren gehen. Dabei waren die Chancen des Kampfes äußerst günstig. Das Urteil aller Kollegen geht einmütig dahin, daß, wenn die Belegschaft unter planmäßiger Führung noch ein bis zwei Tage geschlossen im Kampf ausgehalten

hätte, ein voller Sieg der Arbeiter so gut wie sicher war.

Das Verhalten der Breslauer Fabrikarbeitsverbandsleitung muß aufs schärfste verurteilt werden. Es widerspricht selbst den gewisshafter Anweisungen der ADGB-Instanzen. Von diesen wurden bekanntlich die Parole ausgegeben, daß die Arbeiter überall gegen den auf Grund der Papen-Verordnung vorgenommenen Lohnabbau den Streik führen sollen und daß hier die sogenannte Friedenspflicht nicht gelten könne.

Die Arbeiter müssen aus diesem Kampf die Lehre ziehen, daß sie ihre Gewerkschaft vor und während eines Kampfes zu einer eindeutigen und klaren Haltung zwingen und in jedem Falle eine planmäßige Leitung des Streiks sicherstellen. Es wäre ganz falsch, wenn jetzt die Sakrauer Papierarbeiter enttäuscht dem Verbandsführer den Rücken kehren würden. Umgekehrt, sie müssen dafür sorgen, daß möglichst alle Arbeiter dem Verband beitreten. Aber gleichzeitig gilt es, im Verband selbst gegen die feige reformistische Taktik zu kämpfen und die Voraussetzungen für einen zielbewußten Klassenkampf zu schaffen.

Drei Arbeiter in einem Steinbruch verschüttet

Hoyerswerde

In einem Steinbruch in Dubring stürzten während der Arbeit plötzlich größere Steinsmassen herab. Drei Arbeiter wurden verschüttet. Einer von ihnen wurde getötet, die anderen konnten noch lebend, aber mit schweren Verletzungen geborgen werden. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht.

Die erste Pleite

(Sonderbericht der „SAZ“)

Liegnitz

Nachdem die Gewerkschaften sich für den Arbeitsdienst bzw. seine Mitdurchführung erklärt haben und hierfür von dieser Seite den „Sozialen Dienst“ gründeten, ging man auch in Liegnitz zur Praxis über. Das geschlossene Lager ist in leeren Fabrikräumen in der Parkstraße untergebracht. Die auszuführende Arbeit besteht in Vorarbeiten zur Regulierung des Katzbachlaufes am städtischen Kinderspielplatz „Sonnenland“.

Ja, und da hat nun eine „hohe Kommission“ eine Besichtigung gehalten. Und die hat schaurige Dinge festgestellt: die Unterbringung in den Fabrikräumen, die der Stadt gehören, erfolgte im besten Teile des Grundstücks, statt im alten Gebäudel Einzelnen kamen die Arbeitsdienstwilligen von der Arbeit, einzeln — nicht geschlossen! Unerhört. Als sie alle endlich beisammen waren, ertönte es im Sprechchor:

„Wir brauchen Schuhe!“

Die „hohe Kommission“ wurde ängstlich. Es sollte aber noch „schlimmer“ kommen.

Wieder ertönte der Sprechchor: „Hier fehlt Bier.“ Und wieder: „Hier fehlen Zigaretten!“ Und

dann brauste das Kampflied der Proleten, die „Internationale“, durch den Raum.

Die Herren von der „hohen Kommission“ erstarrten. Aber, so schreibt die bürgerliche Presse, „man sah schließlich die Sache von der — humoristischen Seite an“. Es seien Erwerbslose, die zum Teil schon jahrelang auf der Straße liegen, sagten sich die „hohen Herren“. Ach, wie gemütvoll! Doch diese Art Arbeitslager ist nicht beabsichtigt, wo bleibt die Erziehungsseite, der Gedanke an Volk und Vaterland — ungläublich, solch Bolschewismus.

Hier muß durchgegriffen werden. Die „hohe Kommission“ ist ehrlich entsetzt, entsetzt, erhebt Vorstellungen beim Arbeitsamt, beim Magistrat, die Stadtverordneten müssen sich baldigst damit beschäftigen — die Ruhe der Bürger ist ungeheuerlich aus dem Gleichgewicht gebracht —

Und die „Obermänner“ des „Sozialen Dienstes“ fühlen sich recht unwohl —



Wir sind stolz darauf unseren Kunden die besten **Branntwein- u. Getreidekornmarken** **In Breslau verkaufen zu können!**

Fache-Branntwein-Marken:

- Felner Breslauer** hergestellt durch Verwendung von Roggenkorn 23% Ltr.-Pl. 1.50
- Felner alter Breslauer** hergestellt durch Verwendung von Weizenkorn 25% Ltr.-Pl. 1.60
- Fache Edelmarke** mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 25% Ltr.-Pl. 1.80
- Fache Krom** die führende Qualitätsmarke, hergestellt durch Weizenkorn 32% Ltr.-Pl. 2.—
- Fache Exquisit** pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 38% Ltr.-Pl. 2.40

Fache-Getreidekorn-Marken:

- Fache Weizenkorn** das berühmte alte Breslauer Korn, aus Stala 32% Ltr.-Pl. 2.30
- Fache Roggenkorn** die Elite-Qualität 32% Ltr.-Pl. 2.30
- Fache Getreidekorn** unser Standardmarken, aus dem besten Anzeilen... 37% Ltr.-Pl. 2.70
- Jagdkorn** Das Original! Vollkorngetreide, sorgfältig abgerollt, ohne jegliche Zusätze, 12% O. B. Ltr. in Original-Steinkübeln 2.60

Einfacher Branntwein ohne Getreidekorn wird von uns nicht hergestellt; wir stellen nur Qualitätsmarken her.

Lehrer gegen faschistische Schulreaktion

Der Nationalsozialistische Lehrerbund rief am Mittwoch in Neukölln zu einer öffentlichen Kundgebung gegen die Karl-Marx-Schule auf. Ein zu den Nazis übergetretener ehemaliger Lehrer der Karl-Marx-Schule, der schon wiederholt in der reaktionären Presse wilde Hetzartikel gegen die Schule veröffentlicht hat, sollte in dieser Versammlung sprechen.

Die Versammlung wurde zu einem gebührenden Reifall der Nationalsozialisten. Schon eine halbe Stunde vor Beginn war der Saal fast gefüllt mit freigezwecklichen und anderen links eingestellten Lehrern. Als die Veranstalter ihre Pleite einsahen, erklärten sie die Versammlung für aufgelöst. Sie gebrauchten die faule Ausrede, sie hätten geäußert, Lehrerversammlungen brauchten wie Kirchenversammlungen (!) nicht angemeldet zu werden und die — überhaupt nicht anwesende! — Polizei hätte die Räumung des Saales bis auf die Mitglieder des Nationalsozialistischen Lehrerbundes verlangt.

Herbeigeeilte SA begann sofort gegen die Lehrer vorzugehen.

Mit Stuhlbeinen und Totschlägern — Argumenten nationalsozialistischer Pädagogik — wurde die Räumung des Saales beschleunigt. Protestierend stimmten die Lehrer die Internationale an und ließen dann ungefähr 10 Nazi-Lehrer und ihre als Hausknechte herbeigerufenen SA-Leute allein.

Auf der Straße fanden noch lange Zeit heftige Diskussionen statt. Es war besonders interessant, daß selbst verspätet eintreffende SA-Leute an diesen Debatten teilnahmen und das Verhalten ihrer Lehrer-Pgs. als Feigheit brandmarkten.

Neue Sparmaßnahmen im Berliner Volksschulwesen

Die Sparmaßnahmen des Berliner Magistrats und der ehemaligen Koalitionsregierung haben das Berliner Volksschulwesen in den letzten Jahren schon unerhört herabgedrückt. Ueberfüllte Klassen, überalterte Lehrkörper, wiederholte Kündigungen und Entlassungen von Junglehrern waren ihre Folgen.

Das genügt der kommissarischen Preußienregierung nicht. Sie verlangt, daß bis zum Frühjahr außer den schon eingezogenen etwa 800 Lehrstellen noch weitere 300 Stellen eingespart werden. Diese Maßnahme würde die Entlassung von 200 bis 300 Junglehrern bedeuten, die fast durchweg vor mindestens zehn Jahren schon ihre Lehrbefähigung erhalten haben und nach jahrelanger Erwerbslosigkeit für kurze Zeit unter ständiger Sorge, entlassen zu werden, Beschäftigung fanden.

Weit schlimmer aber ist die Tatsache, daß auf diese Weise die Volksschulklassen noch mehr vollgestopft werden. Schon haben wir viele Klassen mit bis 50

Wählt nur Liste 18

Kindern in Räumen, die für etwa 35 Kinder eingerichtet sind. Erhöhte Ansteckungsgefahr, Abbau aller fortschrittlichen Unterrichtsmethoden sind die Folgen.

Der Berliner Magistrat vertritt die Öffentlichkeit auf Verhandlungen, die aber im „besten“ Falle auch nach dem Willen des Magistrats höchstens einen Teil der Junglehrer vor der Entlassung bewahren sollen. Mit der Frequenzerhöhung ist der Magistrat einverstanden. Um so notwendiger ist es, daß Elternbeiräte, Bund der freien Schulgesellschaften und Allgemeine freie Lehrergewerkschaft die proletarische Öffentlichkeit mobilisieren und die erneute Gefährdung des proletarischen Kindes abwehren.

Schamlose Schiebung

SAP-Wahlvorschlag im Leipziger Wahlkreis unterdrückt

Durch die bürgerliche und sozialdemokratische Schwindelpresse geht die Meldung, die SAP habe im Wahlkreis 29 (Leipzig) die erforderliche Zahl von 500 Unterschriften nicht glaubhaft machen können, deshalb sei der Wahlvorschlag nicht zugelassen worden. Diese Meldung ist von A bis Z unwahr; ihr Urheber aber ist der Kreiswahlleiter Ob.-Reg.-Rat Hempel. Der Wahlvorschlag ist form- und fristgerecht eingereicht worden, der Wahlleiter hatte keine nennenswerten Einwendungen geltend gemacht, lediglich die Bestätigung der Aufstellung einer Reichsliste der SAP ist auf seine Veranlassung verzögert worden, weil das angeblich nicht dringend sei. Die beglaubigten Unterschriften befinden sich in den Akten des Wahlleiters. In

Knebelungsmaßnahme noch eine andere erfreuliche Folge, zu der am 13. November stattfindenden Leipziger Stadtverordnetenwahl tritt die SAP mit einem eigenen Wahlvorschlag auf und wird bei dieser Gelegenheit den Kampf mit verdoppelter Energie gegen den bürgerlichen Stadtrat führen. Die Leipziger Arbeiterschaft hat am 13. November Gelegenheit, mit den Schiebern in der Kreiswahlhauptidee abzurechnen und trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen für die Sozialistische Arbeiterpartei (Liste Dasocke—Leonhardt) zu stimmen.

Die hier berichtete Nichtzulassung der SAP-Liste gilt nur für den Wahlkreis

Deutscher Metallarbeiterverband

Donnerstag, den 3. November, 19.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus Breslau, Margarethenstraße

kombinierte Sitzung

der Betriebsräte und Vertrauensleute

Tagesordnung:
Stellungnahme zu einem neuen Verhandlungsergebnis für den Abschluß eines Tarifvertrages

Die Verhandlung fällt eine wichtige Entscheidung, deshalb darf kein Kollege fehlen / Ohne Mitgliedsbuch und Ausweis keine Zutritt / Die Ortsverwaltung

der Wahlausschusssitzung vom 23. Oktober 1932 erklärte Hempel zur allgemeinen Ueberbachtung, die SAP habe die 500 Unterstützungs-Unterschriften nicht glaubhaft machen können und zwar in keinem Wahlkreis in Deutschland (woher er diese Kenntnis nahm, verriet er nicht); in geringerschätziger Töne fügte er hinzu, es sei doch ein Leichtes für eine Partei, die 500 Unterschriften aufzubringen. Und das, obwohl er die 500 Unterschriften in der Mappe bei sich führt! So kam es zur Annullierung der SAP-Liste. Die Meldung, die übereinstimmend von der Rückschrittsprelle gebracht wurde, ist offenbar in ihrem Wortlaut von Hempel inspiriert worden. Das Tollste ist, daß in dem amtlichen, vom Wahlleiter gezeichneten Ablehnungsbescheid der Kreishauptmannschaft (datiert 24. Oktober 1932) dreist behauptet wird, daß die Glaubhaftmachung „nicht rechtzeitig“ erbracht worden ist. Auch das ist natürlich eine ganz grobe Unwahrheit, die aber dadurch bedeutsam ist, daß der Wahlleiter gezwungen ist, zur Rechtfertigung seiner Haltung mit verschiedenen Begründungen zu operieren.

Der Leipziger Wahlrechtsraub hat prinzipielle Bedeutung, es ist eine erste Probe, wie man mit solchen Machenschaften die Wahlvorschläge unbehaglicher Parteien abwürgen kann. Was heute der verhältnismäßig schwachen Leipziger Bezirksorganisation der SAP geschieht, kann morgen schon gegenüber der SPD und KPD in Wahlkreisen mit faschistischer Verwaltung versucht werden. Das hindert aber die verbotenen Leipziger KPD-Leute nicht, sich auf die Seite der reaktionären Behörden zu stellen und durch eine Abstimmung in einer öffentlichen Wählerversammlung der SAP ausdrücklich ihre Freude über den Wahlrechtsraub zu bekunden!

Es ist selbstverständlich, daß die unerhörte Schiebung des Kreiswahlleiters angefochten werden wird. Die Leipziger Ortsgruppe der SAP wendet sich mit einem Flugblatt in großer Auflage an die Wählerschaft und deckt die Schiebung auf. Gleichzeitig hat die

Leipzig. In allen anderen Wahlkreisen ist die Liste unserer Partei ordnungsgemäß zugelassen worden. Auch in den Wahlkreisen, deren Kandidatenliste in der Zusammenstellung, die wir vor einigen Tagen brachten, noch nicht enthalten war. Wir werden diese Kandidatenlisten in den nächsten Tagen nachtragen.

Im übrigen werden die Leipziger SAP-Genossen ihrer Wahlpflicht trotzdem genügen können, denn es ist ja nicht allzu weit bis zum Gebiet der benachbarten Wahlkreise...

Erfolgreiche Berufung

der IHV Wuppertal gegen ein Schnellgerichtsurteil

Zwei Tage vor der Reichstagswahl hatte der parteilose Arbeiter Niewöhner mit Mitgliedern des Reichsbanners und des Antifaschistischen Kampfbundes sich zusammengeschlossen, um die Wahlplakate der SPD und KPD vor den Angriffen der nationalsozialistischen Banden zu schützen. Sie fuhren mit einem Privatauto durch die Arbeiterviertel Wuppertals und wurden dabei vom Ueberfallkommando der Schutzpolizei, das auf telephonischen Anruf der Nationalsozialisten erschienen war, angehalten und nach verbotenen Waffen durchsucht. Hierbei wurde eine Stahlrupe und ein Schlagring im Besitze des Arbeiters N. gefunden und derselbe nach Verbüßung einer achttägigen Untersuchungshaft vom Schnellrichter ohne Verhandlung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Nachdem sich N. wegen Gewährung von Rechtsschutz zweimal vergebens an die Rote Hilfe gewandt hatte, wandte er sich zwei Tage vor Ablauf der Berufungsfrist an die Internationale Hilfsvereinigung, die ihm Rechtsschutz gewährte und sofort Berufung gegen das Urteil einlegte.

Am 27. Oktober fand die Berufungsverhandlung vor dem Einzelrichter in Wupper-

tal-Elberfeld statt, wo es dem Verteidiger der IHV gelang, die Anklage zu erschüttern. Das Urteil wurde umgestoßen, und der Angeklagte zu 30 Mark Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Ein typisches Beispiel dafür, wie wichtig und erfolgreich es ist, gegen die Urteile der Schnellgerichte Berufung einzulegen und die angeklagten Arbeiter durch geschickte Verteidiger in öffentlicher Gerichtsverhandlung vertreten zu lassen. Nur die Internationale Hilfsvereinigung erfüllt als überparteiliche Klassensozialistens-Organisation diese Aufgabe. — Sie gewährt jedem Arbeiter, ganz gleich, welcher proletarischen Organisation er angehört mag, ideale, juristische und materielle Hilfe. Unterstützt deshalb die IHV bei der Durchführung der Winterhilfssammlung für die proletarischen politischen Gefangenen! Werdet heute noch Mitglied der IHV, damit kein klassenbewußter Arbeiter schutzlos den bürgerlichen Klassengerichten und seinen Strafvollstreckungsorganen ausgeliefert ist.

Skandal Felsencke geht weiter!

Die Beschwerde, die Rechtsanwalt Dr. Litten beim Kammergericht eingereicht hatte, weil er im Felsencke-Prozess durch einen Beschluß des Schwurgerichts als Verteidiger kommunistischer Angeklagter ausgeschlossen worden war, ist als unbegründet zurückgewiesen worden. Ebenso wurde die Beschwerde von Rechtsanwalt Dr. Plattenberg abgewiesen, der sich gegen den Beschluß gewendet hatte, daß ihm das Mandat als Officialverteidiger von den nationalsozialistischen Angeklagten wieder abgenommen wurde, nachdem sich ein von der NSDAP gestellter Wahlverteidiger gemeldet hatte.

ORGANISATIONEN

NACHRICHTEN

SAP
 Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68

Soz. Arbeiterhilfe, Abt. Gef.-Fürsorge, Quidung: Liste 126: 0,50 Mk., Liste 64: 4,95 Mk., Liste 197: 1,80 Mk., Liste 34: 4,00 Mk., Liste 97: 4,90 Mk., Liste 106: 1,30 Mk., Liste 101: 1,30 Mk., Liste 31: 5,72 Mk., Sammelbüchse Büro: 9,84 Mk., Liste 118: 2,25 Mk., Liste 113: 2,70 Mk. Roßtaucher.

Sekretariat: K. Holzstr. 3
 Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—17 Uhr u. Donnerstag von 15—20 Uhr

Monistische Jugend: Achtung! Sprechbewegungschorgruppe heut 19.30 Uhr Grünstr. 14/16 Proba. Neue Mitglieder können sich noch melden.

Freidenkerjugend Breslau: Achtung! Heut Punkt 20 Uhr findet im Jugendheim Friedrich-Wilhelms-Straße 45 eine sehr wichtige zentrale Mitgliederversammlung statt. Alle Mitglieder müssen restlos erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen.

Kleine Sportnachrichten

Freie Kanu-Vereinigung. Freitag, 18 Uhr, Vorstandssitzung. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Radioheim, Paredesstr. 17.

Geschäftliches

„Teils dieserhalb, teils außerdem“ sagt Wilh. Busch. Jede Wirkung hat ihre Ursache. Wollen Sie die Coffinawirkung meiden, dann muß logischerweise die Ursache, das Coffain, entfernt werden. Trinken Sie also Kaffee Hag, den coffainfreien Kaffee Hag. Teils dieserhalb, teils außerdem, d. h. i. weil er völlig unschädlich ist, 2. so vorzüglich schmeckt, 3. nicht teuer ist.

STADTTHEATER
 Mittwoch, 20—22.45 Uhr
 Abonn.-Vorst. B 5
Der Zarewitsch
 Donnerstag, 20—22.45 Uhr
 Abonn.-Vorst. D 5
Der fliegende Holländer
 Freitag, 18—gegen 23 Uhr
 Abonn.-Vorst. C 5
Die Meistersinger von Nürnberg

LOBETHEATER
 Täglich 20.15—22.10 Uhr
Komödie der Irrungen
GERHART HAUPTMANN THEATER
 Täglich 20.15—22.20 Uhr
Donnerstag, 17. April
Besucht das „Proleten“
 Arbeiter-Sport-Karteil

Wintermäntel, Joppen
Regenmäntel, Anzüge
Lederbekleidung
Arbeitskleidung
 am besten und billigsten bei
Oskar Dehmel
 Breslau, Neumarkt

KAFFEE HAG SCHONT

IHK HERZ

stets frisch zu haben bei:
Waldemar Burczyk
 9% Kolonialwaren, Delikatessen, Tabakwaren 9%
 Matthiasstraße 135, Ecke Michaelisstraße.

Berlin
Rose-Theater
 Große Frankfurter Str. 132
 Telefon: 27 Weichse 2437
 Donnerstag, 3. November
 8.15 Uhr
Der Zigeunerbaron
 Werbt Abonnenen!

Verantwortlich: Paul H a n n e s c h, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstraße 7.
 Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe, Telefon 206 02.
 Alle Zahlungen sind zu leisten an W e i t e r G e b u r t, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.
 Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.
 Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
 Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe, Telefon 206 02.

Beachtet unsere Inserate

Scholasticum bolschewisticum stalinisticum

Mir wird von allem so dumm als ging mir ein Mühlrad im Kopfe herum. (Schüler im Faust)

... Sie wollen mit anderen Worten sagen, daß der Trotzkismus niemals eine Fraktion des Kommunismus gewesen sei. Trotzkist aber und die Trotzkisten seien eine Fraktion des Kommunismus gewesen. Das ist Scholastik und Selbstbetrug Genosse Olechnowitsch!

„Der Trotzkismus war eine Fraktion des Kommunismus sowohl in weitem Sinne des Wortes, d. h. als Teil der kommunistischen Weltbewegung, unter Beibehaltung seiner gruppenmäßigen Abgeschlossenheit, als auch im engeren Sinne des Wortes, d. h. als eine mehr oder minder organisierte Fraktion innerhalb der KPSU, die für Einfluß in der Partei kämpfte... Es ist nicht wahr, daß der Trotzkismus „immer eine Fraktion des Menschewismus war, eine der Abarten der bürgerlichen Agentur in der Arbeiterbewegung“, ebenso unrichtig ist auch ihr Versuch, „das Verhältnis der Partei zum Trotzkismus als zur Theorie und Praxis einer bürgerlichen Agentur in der Arbeiterbewegung“ und das Verhältnis der Partei in einem bestimmten historischen Zeitabschnitt zu Trotzkist und zu den Trotzkisten von einander zu trennen.

... In Wirklichkeit war der Trotzkismus eine Fraktion des Menschewismus bis zum Eintritt der Trotzkisten in unsere Partei. Er wurde vorübergehend zu einer Fraktion des Kommunismus nach dem Eintritt der Trotzkisten in unsere Partei, er ist von neuem zu einer Fraktion des Menschewismus geworden nach der Vertreibung der Trotzkisten aus unserer Partei. „Der Hund kehrte zu seinem Auswurf zurück.“

Folglich:

a) kann nicht behauptet werden, daß die Partei Trotzkist und die Trotzkisten „in einem bestimmten historischen Zeitabschnitt“ als wirkliche Bolschewicki betrachtet hat, da eine solche Voraussetzung den Tatsachen der Geschichte unserer Partei aus der Periode 1917/1927 widerspricht;

b) kann man nicht der Ansicht sein, daß der Trotzkismus (die Trotzkisten) „immer eine Fraktion des Menschewismus war.“ Da eine solche Voraussetzung dazu führen würde, daß unsere Partei in der Periode 1917/1927 eine Partei des Blocks zwischen Bolschewicki und Menschewicki gewesen wäre, und nicht eine aus einem Guß gegossene bolschewistische Partei;

c) kann die Frage des Trotzkismus von der Frage der Trotzkisten nicht künstlich von einander getrennt werden, ohne Gefahr zu laufen, sich in ein unwillkürliches Werkzeug der trotzkistischen Machinationen zu verwandeln.

Was für ein Ausweg bleibt denn übrig? Uebrig bleibt das eine: sich damit abzufinden, daß der Trotzkismus „in einem bestimmten historischen Zeitabschnitt“ eine Fraktion des Kommunismus darstellte, — eine Fraktion, die zwischen Bolschewismus und Menschewismus schwankte.“

Wo das alles wortwörtlich zu lesen steht? In der „Internationalen Presse-Correspondenz“ (Inprekorr), dem offiziellen in mehreren Sprachen gedruckten und in der ganzen Welt verbreiteten Organ der Kommunistischen Internationale Nr. 87 vom 21. Oktober 1932. Das hier Zitierte ist nur ein kurzer Auszug eines spaltenlangen in dieser Weise fortgeführten Antwort-Briefes von Stalin an einen „Genossen Olechnowitsch“, der die Unvorsichtigkeit beging,

in einem Brief an die Redaktion der „Proletarskaja Revoluzija“ in der Vernichtung des „Menschewicki und Kapitalsagenten Trotzkist“ stalinistisch sein zu wollen, als Stalin selbst.

Wer nun nach den Darlegungen von Stalin noch nicht im Klaren sein sollte, was Trotzkismus oder die Trotzkisten ist bzw. sind, wer immer noch im Zweifel sein sollte, ob nun Trotzkist in der Zeit von 1917 bis 1927, in der er der kommunistischen (bolschewistischen) Partei Rußlands angehörte, ein menschewistischer Kommunist oder ein kommunistischer Menschewicki, oder ein „vom Trotzkismus getrennter Trotzkist“, oder ein Teil der aus einem Guß gegossenen bolschewistischen Partei, oder ein „zwischen Bolschewismus und Menschewismus Schwankender“ (selbstverständlich nur „in einem bestimmten historischen Zeitabschnitt“), oder ein trotzkistischer Kommunist im weiten oder engeren Sinne des Wortes gewesen ist, dem raten wir — die Scholastiker des mittelalterlichen Klerus zu studieren.

Wenn er einmal aus den damaligen höchst gelährten und umfangreichen scholastischen Abhandlungen gelernt haben wird, ob die Frau, also ein weibliches Wesen, ein Mensch ist und eine göttliche Seele hat oder ob es nur ein seelenloses Tier ist und nur der Mann das göttliche Ebenbild Gottes und dementsprechend er nur allein mit einer göttlichen Seele versehen ist — dann, nur dann, wenn er das alles gefressen hat, wird er auch geschult genug sein, die bolschewistische Scholastik des Josef Stalin aus Moskau zu verstehen.

Daß man als getreuer gelehrter Schüler des Scholastikers Stalin bei genügendem Eifer es zu allerlei Fähigkeiten auf diesem Gebiet bringen kann, das hat, zum Trotz für alle Gesinnungstüchtigen und dienstfertigen Stalinisten, die vielleicht bei dem vorstehenden Zitierten, wie der Schüler im „Faust“, an ihrer Aufgabe verzweifeln sollten, „Genosse Olechnowitsch“ gezeigt. Wir wünschen ihnen viel Glück und — wollen wieder zum klaren Menschenverstand zurückkehren. A. E.

Sittlichkeit durch Polizeimaßnahmen

Die Reaktion, die in Deutschland Morgenluft wittert, ist im Begriff, wieder zum Schlage gegen die Prostituierten auszuholen. Die Sittlichkeit ist gefährdet, also muß der Polizeiknüppel her. So hieß es im alten Preußen, so heißt es im neuen Deutschland. Die durch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten endlich aufgehobene Kasernierung die die Gefahren, die sie beseitigen sollte, förderte und durch die Polizeischücheln unzähligen Frauen den Weg in die Gesellschaft und zu anderen Erwerbsmöglichkeiten versperrte, soll wieder eingeführt werden. Charakteristisch für das, was die neuen Herren wollen, ist ein Artikel des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Melcher in der Zeitschrift „Die Polizei“. Er schreibt hier:

„Im gleichen Augenblick, wie die Ehe mit der sich aus ihr ergebenden Familie zur Urzelle des Staates wurde, erhielt ihr Gegenpol in der Geschlechterbeziehung, die Prostitution, einen dem Staat abgewandten Charakter. Und mit der korrespondierenden Gegensätzlichkeit zweier Waagschalen sank in gleichem Maße, wie die Ehe zu einem stantlichen Kulturfaktor allerersten Ranges emporstieg, die Prostitution zur Ordnungswidrigkeit, Zucht- und Sittenlosigkeit hinab.“

ordnen sich ihm deshalb auch freiwillig und ganz selbstverständlich unter. Sie befolgen, wie z. B. der in wenigen Strichen ungeheuer lebendig gezeichnete Pferdewärter Karpucha, seine Anweisungen auch dann, wenn sie selbst eigentlich anders denken.

Aber dieser Wjetrow hat trotzdem einen Knacks, den verschiedene Kommunemitglieder auch deutlich erkennen, und an dem besonders Galja sich ständig reibt. Wjetrow hat es lange Zeit nicht fertig gebracht, seine Frau, die die ärgste Feindin der Kommune ist, die sich nicht eingliedert, die ihre Kinder nicht am Leben der übrigen Kommunegenossen und -Kinder teilnehmen läßt, die nur darauf sinnt, wie sie zerstören und Böses säen kann, aus der Kommune auszustoßen. Und das nicht etwa, weil übergroße Liebe ihn davor zurückhielt, sondern weil ein von ihm auch in der Kommune noch nicht überwundener falscher Manneszucht nicht zugeben wollte, daß er seine Frau nicht umzuwandeln vermöge. Daß er dies nicht vermochte, lag aber auch, wie Galja es einmal ausdrückt, daran, daß er im Grunde seine Frau nicht erziehen, sondern dresieren wollte. So ist es auch charakteristisch, daß er keine richtige Beziehung zu den Kindern der Kommune findet, daß seine schließlich versuchten Annäherungsversuche auf die Kinder unecht wirkten und von ihnen mit Mißtrauen beantwortet wurden. Als die Wjetrowa, die Frau des Wjetrow, schließlich aus der Kommune ausgestoßen wird und wieder in das Dorf zurückkehrt, wo sie nur auf den Verderb der Kommune bedacht ist, da wird Wjetrow zwar menschlich freier; aber der Widerspruch, der die ganze Zeit über zwischen seiner Idee und seiner Arbeit auf der einen Seite und seinem persönlichen Leben auf der anderen bestanden hat, ist weder im Eindruck auf die anderen noch bei ihm selbst völlig auszulöschen. Er scheitert deshalb auch in seiner Beziehung zu Galja, die ihn trotz aller seiner Widersprüche zwar liebt und als Organisator außerordentlich achtet, die aber ihre tiefsten weiblichen Wünsche doch bei einem anderen, bei Gulkaja, erfüllt findet.

Also um der Staatsrettung willen, d. h. für die Erhaltung dieses Staates, der die Prostitution erst schuf, will Herr Melcher sie bekämpfen. Das Strafgesetzbuch geht ihm nicht weit genug, es gestattet, wie er in diesem Artikel behauptet, „öffentliche Aufforderung zur Unzucht, sofern dabei nicht gegen Sittlichkeit und Anstand verstoßen wird“. Dabei ist zu bedenken, daß unser heutiges Strafgesetzbuch unter „Unzucht“ alles versteht, was keinen standesamtlichen Stempel trägt. Die „Aufforderung zur Unzucht“ soll nach Herrn Melchers Wünschen wieder bestraft, die alten polizeilichen Zustände, die das Einschreiten gegen die „Unzucht“ ermöglichen, sollen wiederhergestellt werden. Jede unverheiratete Frau ist an sich schon ein Stück Unzucht, meinen Bracht und Melcher. Im finstersten Mittelalter war es leicht, verglichen mit den Zuständen, die uns drohen.

Neue Erdstöße in Chalkidike

Athen, 2. November.

Auf der Halbinsel Chalkidike wurde gestern abend um 18,05 Uhr ein außerordentlich heftiger Erdstoß verspürt, der besonders stark in Poligyros, Araca, Stagoira, Stratoniki und Hirrinos zu spüren war, wo zahlreiche Häuser einstürzten. Die Bevölkerung ist in Furcht und Schrecken versetzt. Um 18,15 Uhr rief ein zweiter wellenförmiger Erdstoß unter der Bevölkerung von Saloniki Entsetzen hervor, der auch in Seres, Drama, Rowala und Rozani zu spüren war. Die Behörden bemühen sich, die Bevölkerung zu beruhigen.

Gehelmnis um ein Gefängnis Zweifacher Totschlag

Freiburg i. Brsg., 2. November.

Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Montagabend in einer Gemeinschaftszelle des hiesigen Landesgefängnisses eine furchtbare Bluttat. In einem Anfall von Tobsucht erschlug ein Gefangener mit einem harten Gegenstand zwei seiner Mitgefangenen und verletzte einen dritten schwer. Die Untersuchung, die noch streng geheimgehalten wird, dauert an.

... erst jetzt bekannt wird... noch streng geheim gehalten wird... Hm! Sonderbar, höchst sonderbar!

Sowjetdampfer in Seenot

Oslo, 1. November.

Der Sowjetdampfer „Toworisch Stalin“, der sich auf der Fahrt von Tromsø nach den russischen Kohlenbergwerken auf Spitzbergen befand, ist an dem Eingang zu dem Eisfjord auf der Höhe der Westküste von Spitzbergen gestrandet. Der Bergungsdampfer Jason ist zur Hilfeleistung ausgelaufen, wird aber 84 Stunden brauchen, bis er das gefährdete Schiff erreicht.

Schwere Unwetter

Bremen, 1. November.

Die andauernden und ergiebigen Niederschläge haben im gesamten Regierungsbezirk Stade (zwischen Weser und Elbe) verheerende Wirkungen hervorgerufen. Obwohl der Wasserstand der Lesum und der Weser sich nicht sehr wesentlich verändert hat, sind im Binnenlande doch weit ausgedehnte Ueberschwemmungen zu verzeichnen. Riesige Seen haben sich in der Oste- und Mehe-Niederung gebildet. Bei dem hohen Wasserstand der Oste ist ein Abfließen des Wassers vorläufig nicht möglich. Die Feldwege sind vielfach dcrartig aufgeweicht, daß der Verkehr zur

Einholung der Pübenerte auf den Feldwegen verschiedentlich nur noch mit Schlitten betrieben werden kann.

Aus den nordfranzösischen Hafenstädten und Badeorten werden weitere schwere Sturmschäden gemeldet. Besonders Trouville, Deauville, Cherbourg und St. Malo haben schwer gelitten. Der Strand von Trouville ist von

Kein Gehalt über 600 Mk.

In dieser jammervollen Zeit, wo Millionen Erwerbslose gar nicht unterstützt und eine Riesenarmee von Arbeitslosen, Invaliden, Sozialrentnern und Kriegsoffern mit erbärmlichen Beträgen abgespeist werden, sind die hohen Gehälter bei Behörden und Privatindustrie eine Provokation.

Wirkt mit der SAP für die kämpfende Einheitsfront, damit ihr mit den Schwerverdienern aufräumen könnt.

Stimmt für Liste 18

Bretten und Baumstämmen besitz. Eine ganze Reihe von Lokalzügen mußte den Verkehr einstellen. Aus Cherbourg werden SOS-Rufe einer größeren Zahl von Schiffen gemeldet, die sich im Aermel-Kanal befinden. Der Hafendienst in St. Malo mußte eingestellt werden.

Auch aus den innerfranzösischen Provinzen werden schwere Sturm- und Regenschäden gemeldet. Die Marne und ihre Nebenflüsse sind in der Gegend von Chalons aus den Ufern getreten und haben weite Flächen überschwemmt. Verschiedene Ortschaften sind vollkommen von der Außenwelt abgesperrt. Die Landstraßen sind teilweise stark überschwemmt. Chalons-sur-Saone bietet den gleichen Anblick. Die kleineren Flüsse in der Umgebung der Stadt sind sämtlich über die Ufer getreten. Auch in Nordfrankreich wurde viel Schaden angerichtet. Die Maas steigt in beunruhigender Weise.

Fischerboot untergegangen

Köslin, 1. November.

Vier Fischer aus Nest bei Köslin hatten am Montag abend in einem Boot eine Fahrt auf die Ostsee unternommen, um die Netze einzuholen. Von dieser Fahrt sind sie noch nicht zurückgekehrt. Ihr Boot wurde heute morgen am Strande bei Nest leer angetrieben.

Die Einheitsfront

SPD., SAP., u. KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß



DIE ENTE

die beste und billigste politisch-satirische Wochenschrift ist.

Sie erscheint jeden Donnerstag!

Preis 10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern erhältlich - Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7

Unser neuer Roman

(Schluß)

Von Galjas eigener Tätigkeit und Entwicklung aus gesehen, erstehen vor uns alle die anderen Menschen in der Kommune sowie auch die Dorfbewohner, die sich teils freundschaftlich, teils feindlich und hoheitsvoll zu den Kommunaren stellen. Das Neue bei den Menschen der Sowjetunion kommt dabei auch darin ganz stark zum Ausdruck, daß der Dichter nicht eine oder einige Personen als Hauptpersonen hinstellt und uns etwa nur diese lebendig macht; jeder Einzelne, auch wenn er keine besonders leitende und sichtbare Rolle in der Kommune spielt, erstet vor dem Auge des Lesers in der gleichen Lebendigkeit und Bedeutung für die Kommune wie der andere. Dabei läßt Gladkow auch nicht etwa diejenigen Kommunare, die zugleich Mitglieder der Kommunistischen Partei, oder Jugendorganisation angehören, und die innerhalb der Kommunen noch besonders in Parteizellen zusammengefaßt sind, als die menschlich unbedingt weiter Fortgeschrittenen erscheinen. Auch in dieser Beziehung schildert er das Leben, wie es wirklich ist. Doch ist in den Augen aller Kommunare die Parteizugehörigkeit zu den Kommunisten eine besondere Auszeichnung, und es ist eine große Angelegenheit und Feierlichkeit in der Kommune, wenn Kommunare ihren Eintritt in die KP erklären und um Aufnahme ersuchen.

Wjetrow, der Leiter der Kommune, selber ein Bauer, ist schon lange Mitglied der Bolschewiki. Er hat in den Bürgerkriegsjahren die Partisanenkriege (Kämpfe selbständiger bewaffneter Trupps der revolutionären Arbeiterschaft gegen die Konterrevolution) mitgemacht und dann in den schlimmsten Hungerjahren mit den anderen, Gulkaja, Bankin usw., unter ungeheuren Schwierigkeiten die Kommune aufgebaut. Er ist ein ausgezeichnete Organisator des ganzen Wirtschaftsaufbaus und überzeugter Kommunist, die anderen

Auch im Leben Galjas, aber vor allem in Gulkaja, dem Sekretär der Kommune, und in seiner Beziehung zu seiner Frau, Luscha, wird die ganze Schwierigkeit, aber auch Größe und Lösung der Beziehung von Mann und Frau in der gesellschaftlichen Umgestaltung zum Sozialismus aufgezeigt. Beide, Luscha und Gulkaja, sind aus engster miteinander verbunden. Aber die warme, weiche — in ihrer Kommune-Arbeit indes sehr eifrige und energische — Luscha sehnt sich immer stärker nach der Befriedigung ihres starken Mutterinstinktes und kann diese Befriedigung bei Gulkaja nicht finden. Während er zwecks weiterer Ausbildung in die Stadt abkommandiert ist, findet sie diese Lösung bei einem anderen der Kommune-Genossen. Sie leidet tiefst darunter, daß sie Gulkaja diesen Schmerz antut und behandelt ihn bei seiner Rückkehr mit der wehmütigsten Zärtlichkeit, aber Klarheit darüber, daß sie nicht wieder wie früher zusammenleben werden. Gulkaja handelt nun, obwohl es ihm schier unträglich scheint, seinen kommunistischen Anschauungen gemäß. Er tröstet noch Luscha über ihren Schmerz, er überwindet den eigenen Schmerz und bleibt ihr in enger Freundschaft zugetan — zum großen Erstaunen eines Teiles der Kommunemitglieder, besonders verschiedener Frauen, die aus alter Tradition heraus hier noch Sensationen erwartet und des Tuscheln und die Neugier noch nicht überwunden hatten.

Wir wollen in unserer Einführung nicht alle Einzelheiten vorweg nehmen, sondern nur noch an den Beispielen der Kuhnagd Dunja und der Frauenleiterin Tschuschkina zeigen, wie sehr es Gladkow in dem Buch „Neue Erde“ verstanden hat, den Uebergangsprozeß, die Umbildung auch der Menschen in der neuen Gesellschaft darzustellen. Dunja wird von ihrem Mann, der auch ein Kommune-Genosse ist, aus Eifersucht geschlagen, ein Ereignis, das gegen den ganzen Kommunegelst verstößt und von Dunja nicht nur persönlich, sondern für die ganze Kommune als bitterste Beleidigung empfunden wird. Aber in ihr

selbst sind auch noch viele Ueberreste aus der alten Zeit vorhanden, wo es auf dem russischen Dorfe ganz selbstverständlich war, daß der Mann seine Frau nur als Sklavine ansieht und sie prügelt, wenn es ihm gerade gefällt. Sie zitiert den Kommunarat, der von den Kommunaren zur Rechtsprechung bei strittigen Fragen und Verfehlungen gegen die Kommune-Beschlüsse gewählt ist, zur Gerichtssetzung über ihren Mann Schublin zusammen. Als dieser dann aber aus der Kommune, zumindest vorübergehend, ausgeschlossen werden soll, ist sie entsetzt, erklärt sie die ganze Sache für gar nicht schlimm und stellt sich in demütiger Haltung wie ein geprügelter Hund an seine Seite. Sie hatte im Grunde nur eine Sensation, aber keine Konsequenzen gewollt.

Tschuschkina, die Frauenorganisatorin, ist eine gute Kommunistin und ein außerordentlich wertvolles Kommunemitglied. Galja aber ist zuerst abgestoßen von der Weierlichkeit und Unentschlossenheit, die ihr aus der früheren Zeit, wo sie selbst noch eine versklavte, unaufgeklärte Bäuerin war, oftmals einhaftet. Eines Tages aber muß Galja bei einem Anlaß in der Praxis erkennen, daß ohne die Tschuschkina gerade in ihrer Art ein wirkliches Herankommen an die Frauen, die heute noch im Dorfe abseits der Kommune leben, gar nicht möglich wäre. Nur die Tschuschkina kann diese Bäuerinnen aufklären und gewinnen, weil sie eine der ihnen ist.

So lernt auch der Leser in den lebendigen Menschen, die Gladkow ihm vor Augen führt, den Uebergang begreifen, er sieht, wie die von den Menschen gegeneinander errichteten Barrieren fallen. Das Buch fesselt nicht nur, es schildert nicht nur die Umwandlung der Menschen drüben in der Sowjetunion. Es vermag auch die klassenbewußten Leser bei uns tief aufzurütteln und den Einzelnen zu beeinflussen, daß er sich viel größer und menschlicher gegenüber seinen Genossen und Mitmenschen verhält, als das heute auch hier im allgemeinen der Fall ist.

Der neue Roman beginnt morgen.

„Arbeits-scheu“ von Pflichtarbeitern wird mit Gefängnis bestraft

Wohlfahrtspflichtarbeiter, Dirnen und Landstreicher unter einem Paragraphen

Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sind zur Leistung von Pflichtarbeit gezwungen. Im Weigerungsfalle kann den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern die Unterstützung entzogen werden. Seit Jahr und Tag werden auf Grund dieser Bestimmungen in den Städten und Gemeinden Straßenbau- und Gärtnereiarbeiten von Wohlfahrtspflichtarbeitern ausgeführt. Die Kommunalbehörden sind überallichlich bestraft, in den Kolonnen dieser Wohlfahrtsarbeiter eine strenge Arbeitsdisziplin einzuführen und die Arbeitsintensität zu steigern. Sie erreichen ihr Ziel in der Regel durch eine Kolonnenerteilung, bei der die einzelnen Arbeitsgruppen der Pflichtarbeiter der Aufsicht eines festangestellten städtischen Arbeiters unterstehen. Die aufsichtführenden Arbeiter sind durch ihre wirtschaftliche Besserstellung daran interessiert, ein möglichst großes Arbeitspensum zu erreichen. Die gegenseitige Ausspielung der Kolonnenführer tut ihr übriges zur Steigerung des Arbeitstempas.

Neuerdings ist nun aber eine westdeutsche Kommune, und zwar die Stadt Rheinhäusen, auf folgende Art gegen eine Anzahl Wohlfahrtspflichtarbeiter vorgegangen. Die Stadtverwaltung erwirkte bei der Staatsanwaltschaft gegen zehn Wohlfahrtsarbeiter Strafbefehle, durch die Haftstrafen in Höhe von vier bis acht Wochen wegen Arbeits-scheu verhängt wurden. Dem Erlaß der Strafbefehle liegen folgende Tatsachen zugrunde: Der mit der Aufsicht beauftragte städtische Arbeiter Flamme, der übrigens der Nationalsozialistischen Partei angehört, meldete der Stadtverwaltung zehn Wohlfahrtsarbeiter, mit deren Arbeitsleistung er nicht zufrieden war. Er unterstellte, daß diese Arbeiter eine gewisse Arbeitsscheu an den Tag legten. Gestützt auf diese Aussagen stellte die Stadtverwaltung Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft, die dann auf Grund des § 301 des Strafgesetzbuches Strafbefehle erließ. Der Paragraph hat folgenden Wortlaut:

„Mit Haft bestraft wird, wer aus öffentlichen Armenmitteln unterstützt wird und sich aus Arbeits-scheu weigert, die ihm von der Behörde zugewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten.“

Bei diesem Paragraphen handelt es sich um eine alte vergilbte Strafbestimmung, die scharfsprünghch gegen Landstreicher richtete. Sie wurde vor Jahren auch ausgedehnt auf Prostituierte, die ihr Gewerbe in der Nähe von Kirchen ausübten. Bei den Beratungen im Strafrechtsausschuß im vergangenen Jahre wurde dieser Paragraph im neuen Entwurf des Strafgesetzes gestrichen, mit der ausdrücklichen Begründung, daß das Anwendungsbereich viel zu beschränkt sei. Wie der Rhein-häusener Fall zeigt, scheint der Paragraph nunmehr wieder aus der Versenkung hervorzukommen, um mit seiner Hilfe eine regelrechte Zwangsarbeit für Erwerbslose und Wohlfahrtspflichtarbeiter durchzusetzen.

Von diesem Gesichtspunkt aus verdient der Prozeßverlauf der Rhein-häusener Wohlfahrtspflichtarbeiter auch besondere Beachtung. Durch den Einspruch gegen die Strafbefehle kam die Sache zur gerichtlichen Entscheidung. Wer noch daran zweifelte, daß die deutsche Justiz einen ausgesprochenen Klassencharakter hat, der wurde durch das ergehende Urteil eines anderen belehrt. Das Gericht verwarf den Einspruch und ließ die Strafen bestehen. Die Verurteilten gaben den Kampf nicht auf. Durch eine Sammelaktion brachten sie die Mittel auf, um die Sache nochmals in der Berufungsinstanz zu einer Entscheidung zu bringen. Die Berufungsverhandlung fand nunmehr vor der Strafkammer in Cleve statt. Während die Vorinstanz nur auf Grund der Aussagen des Aufsehers Flamme entschieden hatten, hörte man in der Berufungsverhandlung auch eine Anzahl anderer Zeugen. Diese bekundeten, daß die zehn bestraften Arbeiter genau dasselbe geleistet hätten als alle die anderen. Von den Zeugen wurde sogar zum Ausdruck gebracht, daß die Denunziation des Aufsehers deshalb erfolgt sei, da man sich geweigert habe, der nationalsozialistischen Betriebszelle beizutreten.

Der Staatsanwalt hielt die Strafen für gerechtfertigt, die Verteidigung verlangte Freisprechung. Das Gericht mußte schließlich alle Angeklagten freisprechen. Weit wichtiger als das freisprechende Urteil ist jedoch die Urteilsbegründung. Der Vorsitzende erklärte ausdrücklich, daß der Einspruch nur wegen Mangel an Beweisen erfolge. Das Gericht könne sich nicht allein auf die Aussage des einzelnen Aufsehers stützen. Ausdrücklich wird jedoch in der Urteilsbegründung ausgeführt, daß formell juristisch der Paragraph 361 in dem vorliegenden Fall Anwendung finden kann.

Gerade in dieser Urteilsbegründung liegt die Bedeutung des Prozesses der Rhein-häusener Wohlfahrtspflichtarbeiter. Der Fall dürfte bald Schule machen, so daß zu erwarten ist, daß auch andere Kommunalbehörden gegen sogenannte arbeitsunwillige Pflichtarbeiter Strafbefehle erwirken. Die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein. Es gilt hier den Anfängen zu wehren.

Emil Heyen.

Der hier von unserem Genossen Heyen eingesandte Bericht ist ein Alarmruf für die ganze deutsche Arbeiterklasse. Er eröffnet bei der heute herrschenden unumschränkten Kapitaldiktatur für die ganze Arbeiterschaft und insbesondere für die vielen Millionen von Wohlfahrts-Erwerbslosen eine furchtbare Perspektive, für die

herrschende Klasse dagegen ungeahnte Möglichkeiten für immer noch brutale Unterdrückungsmethoden gegen die Arbeiterklasse.

Wir wissen, daß die Papen-Regierung, sämtliche Länderregierungen und fast alle Kommunal-, Wohlfahrts- und Arbeitsamtsbehörden besteht, die von den paar Bettelverfüngigen Erwerbslosen mit allen Mitteln zum Arbeitsdienst ohne Lohn-entschädigung zu pressen. Hier hat ihnen ein starkreaktionäres Gericht eine neue Möglichkeit für den Zwangs-arbeitsdienst eröffnet durch Ausdehnung einer uralten Polizeibestimmung, die schon seit in das Strafgesetzbuch übernommen worden ist. Man kann jetzt jeden sich der „Pflichtarbeit“ widersetzen Erwerbslosen nicht nur durch Unterstützungsentzug, sondern auch noch mit Gefängnis (bald wird Arbeitshaus und Zucht-haus dazu kommen) bestrafen.

Hat diese Praxis der mit strafrechtlichen Zwänge durchgeführten Arbeitsdienstpflicht erst einmal begonnen, dann gibt es bei den Auswegskünsten unserer starkreaktionären faschistischen Justiz überhaupt keine Grenzen mehr. Da durch das städtische Vergehen der damaligen Volksbeauftragten-Regierung im November 1918 die ganzen jahrhundertalten Gesetze und Polizeibestimmungen zum großen Teil aufrecht erhalten blieben, wird es den Klassenrichtern und den Polizeibehörden leicht möglich sein, nicht nur für die Wohlfahrts-Erwerbslosen, sondern für alle Arbeitslosen, in für alle Arbeiter, für das „Gesinde“ und für die „Bediensteten“ Dutzende alter Polizeibestimmungen und Paragraphen auszugraben, mit deren Hilfe die

gesamte Arbeiterschaft zum Arbeitsdienst zu zwingen bzw. in Arbeits- und Zucht-häuser zu stecken. Man kann so durch unzählige Einzelmaßnahmen dasselbe erreichen, was die Papen-Regierung „im großen“ auf politischem Gebiet durch eine wunderbare Auslegung der Weimarer Verfassung zu erreichen bestrahlt ist bzw. schon erreicht hat nämlich die praktische Durchführung des „Dritten Reiches“, die Verwandlung ganz Deutschlands in ein einziges Arbeits- und Zucht-haus ohne Mithersche „Revolution“.

Daß diese Entwicklung ein Weiterbestehen vor allen Dingen ein Weiterfunktionieren der Gewerkschaften faktisch unmöglich machen muß, bedarf keines weiteren Nachweises. Daher muß gerade das Urteil in Dortmund bzw. Cleve sämtliche Gewerkschaften, vor allen Dingen den ADGB veranlassen, hier sofort mit energischen Gegenmaßnahmen unter Einsetzung der ganzen Machtmittel der Gewerkschaften zu antworten. Die herrschende Klasse darf keinen Augenblick darüber im Zweifel gelassen werden, daß sich die Arbeiterschaft und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, unter gar keinen Umständen die Anwendung und praktische Durchführung einer derartigen Gerichtspraxis gefallen lassen wird.

Es sind alle Vorbereitungen zu treffen, um gegen die Einführung der Strafjustiz in das Arbeitsrecht, gegen den Arbeitszwang alle politischen Machtmittel der Gewerkschaften in außerparlamentarischen Massennaktionen einzusetzen.

Erwerbslose, laßt Euch nicht dumm machen

In einem massenhaft verbreiteten Flugblatt stellt die Sozialdemokratie die Frage: „Erinnert ihr Arbeitslosen euch noch an die Unterstützungssätze von 1929 und Frühjahr 1930, als Hermann Müller Reichskanzler war?“ Es stimmt, daß die Erwerbslosenunterstützung in den letzten Jahren ständig verschlechtert worden ist, aber damit ist bereits von den Sozialdemokraten Müller und Wiesel begonnen worden.

Es ist eine Täuschung der Erwerbslosen, wenn ihnen die SPD einzureden versucht, es genüge eine möglichst große Zahl von Sozialdemokraten zu wählen, damit wieder die Unterstützungssätze vom Frühjahr 1930 ausbezahlt werden könnten. Das wäre auch dann nicht der Fall, wenn durch ein Wunder die zahlen Sozialdemokraten im nächsten Reichstag eine Mehrheit bekämen.

In diesem gänzlich unwahrscheinlichen Falle würde entweder der Reichstag wieder auseinandergelagt werden — oder aber die Sozialdemokratie würde es übernehmen, die Geschäfte des in allen Fugen krachenden kapitalistischen Staates zu führen, das heißt Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen.

Praktisch hieße das weitere Verelendung der Massen, weitere Verschlechterung der Unterstützungssätze für Erwerbslose, Sozialrentner und Kriegsoffer.

Eine dritte Möglichkeit gibt es für eine staats-erhaltende Partei vom Schlage der SPD

nicht. Und darum sind alle ihre Versprechungen Lug und Trug.

Eine wirkliche Hilfe für die Erwerbslosen ist nur auf dem revolutionären Wege möglich, den das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP aufzeigt. Nur wenn es gelingt, die gesamte Arbeiterschaft für die hier aufgestellten Forderungen in den Kampf zu führen, nur dann ist es möglich, Millionen Erwerbslosen Arbeit und den anderen höhere Unterstützung zu verschaffen.

Wer so wie die SPD die Erwerbslosen auf die Zauberkraft des Stimmzettels vertröstet und den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse sabotiert, macht sich zum Mitschuldigen an der ständigen Verelendung des Proletariats und speziell an der elenden Lage der Erwerbslosen.

Auf der KPD lastet eine nicht minder schwere Schuld, weil sie mit ihrer falschen Politik die wirkliche Einheitsfront sabotiert und so die einzig wirksame proletarische Selbsthilfe verhindert.

Erwerbslose wollt ihr verhindern, daß ihr weiterhin mit parlamentarischen Illusionen genährt oder mit scheinrevolutionären Phrasen abgespist werdet, dann müßt ihr euch um die SAP scharen am 6. November euer Einverständnis mit unseren Zielen demonstrieren und für die Liste 18 stimmen!

Welt-Spartag

Es ist ein Hohn, es sind Keulenschläge für die 25 Millionen Arbeitslosen der Welt, wohlgekannt, nur die amtlich erfaßten Millionen, ganz ungerechnet die in die Millionen laufenden Kleinrentner und Sozialrentner. Da werden Unsummen ausgegeben für Propaganda, da wird der Rundfunk eingespart, da werden große Konferenzen abgehalten für einen Weltspartag. Ja, wer soll denn sparen. Will man uns narren. Sollen vielleicht die bis zu 50 Prozent um ihre Gehälter und Löhne gekürzten Angestellten und Arbeiter sparen? Oder wollen etwa zur Ankerbelagerung der Wirtschaft unsere Staatsbeamten und Minister sparen? Ach nein! Jene Herren, deren Gehälter noch immer hoch in die Tausende gehen, fordern andere auf zum Sparen.

Zu einer Zeit, da Millionen nicht wissen, wovon sie satt werden sollen, da sich Hunderte das Leben nehmen, weil sie nichts mehr zum Leben haben, wo Städte bankrott machen, weil sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, wo Steuern über Steuern den noch wenigen Arbeitenden aufgehäuft werden, weil die Länder und das Reich mit ihrem ABC am Ende sind, zu diesem Zeitpunkt kommt man mit einem Weltspartag.

Von Jahr zu Jahr ist des Wirtschaftsniveau der arbeitenden Massen gesunken, hat sich ihre Lebenslage bis zur Unertlichkeit verschlechtert und da stellt sich ein Herr von Sowieso im Rundfunk hin und hält groß und breit einen Vortrag, daß sich die Finanziere der einzelnen Staaten bewußt geworden wären, was für eine ungeheure Bedeutung der Spartag hätte und wie alle Nationen daran mitwirken müßten. Die Herren haben wahrscheinlich nicht ihre letzten Sparrpennige bei der Inflation verloren. Wer heute aus der arbeitenden Klasse sparen wollte, müßte es

sich abhungern, abhungern, obwohl er schon ohnehin nicht genügend für seine Kleidung, Ernährung und Bildung ausgeben kann und wofür soll er denn sparen, vielleicht für einen neuen Krieg, vielleicht, damit es ihm durch Notverordnung oder neue Inflation annektiert werden soll.

Schluß mit diesem Rummel.

Woher kommen die Tausende für die Propaganda, mit denen die Schulen überflutet werden, die schätzungsweise für jede Schule mindestens 75 RM kostet? Da werden im Handatlas sechs verschiedene illustrierte Propagandablätter usw. verteilt. Man wendet sich schon mit Absicht an die Kinder und Jugendlichen, weil man von ihnen das wenigste Verständnis für die wahre wirtschaftliche Lage voraussetzen kann, weil man weiß, wie inständig Kinder bitten können und wie schwer es einer Mutter fällt, ihrem Kinde etwas abzuschlagen. Diese Summe sollte besser den Kindern gegeben werden, die kein Hemd auf dem Leibe haben, die kein Frühstück mitbekommen, bei denen 8 und mehr Personen in Stube und Küche hausen. Fangen Sie, Herr Rundfunkredner, nur zu sparen bei Ihrem eigenen Gehalt an, geben Sie den Arbeitern, Angestellten, Beamten ausreichende Löhne, damit sie für Arzneien und Arztkosten sparen können,

sparen Sie doch beim Heeresetat, bei den Manöverkosten, bei der Kirche, bei den Aufwandsentschädigungen und Gehältern unserer Herren Minister,

aber machen Sie nicht das Volk dumm, versuchen Sie nicht, einer verhungerten Nation einzureden, sie könnte noch sparen. Aufgehört mit dieser widerlichen Reklame einer zusammenbrechenden Wirtschaftsform,

die nur mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln versucht, sich möglichst lange vor dem Vordringen zu halten. Arbeiter, Angestellte, Augen aufgemacht, laßt euch nicht durch Betteln verleiten, gebt, wenn ihr auch noch einen Pfennig entbehren könnt, für den Kampfband der Partei, stärkt die Schlagkraft der Arbeiterschaft, spart eure Kräfte für den Sieg und macht Front gegen diese Verschwendung von Geldern für bettelhafte Reklame, verlangt, daß man eure Kinder in den Schulen damit verschont, verlangt, daß der Rundfunk, den du bezahlt, nicht zu solchen schamlosen Vorträgen ausgenutzt wird.

Gelt uns bessere Löhne, bessere Lebensbedingungen, und „die Wirtschaft“ ist angekurbelt.

Wenn das Proletariat menschenwürdig lebt, gibt es keine Arbeitslosigkeit, gibt es keine Not und kein Elend mehr, braucht man nicht mehr zu sparen, weil jeder hat, was er braucht. Hat, was er braucht, wenn das Proletariat gesiegt hat, und nicht, wenn er alt und arbeitsunfähig ist, auf der Straße liegt und verrecken kann. Niemand braucht mehr zu sparen, wenn die Gesellschaft, der er seine Kraft zur Verfügung gestellt hat, für ihn sorgt. Darum spart, d. h. stärkt wir unsere Kräfte, damit wir diese Zeit noch erleben, aber helfen wir nicht diesem bankrotten System, auch nur einen Tag weiterzuleben.

FAD-Streik in Altona

CNB. Im Altonaer freiwilligen Arbeitsdienst haben über 1000 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die von der Stadt bezahlte Sonderzulage von einer Reichsmark auf Grund der neuen Reichsbestimmungen nicht mehr gezahlt werden kann.

Abschluß der Beamtenbund-Tagung Absage an die Nazis

Auf dem Bundestag des Deutschen Beamtenbundes (DDB), der weitaus größten, unter bürgerlich-„neutraler“ Flagge segelnden deutschen Beamtenorganisation, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem nationalsozialistischen Flügel. Die Nazis versuchen seit langem, den Beamtenbund unter ihre Herrschaft zu bekommen und ihn ganz für die NSDAP-Politik einzuspannen. In diesem Bestreben wurde von ihnen eine scharfe Opposition gegen die von der Bundesleitung vorgenommene Mitunterzeichnung der Protesterklärung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gegen die verfassungswidrige Absetzung der Preußenregierung am 20. Juli geführt. Der Hauptredner war der als Nazi-Führer bekannte Vorsitzende der Zollbeamtenorganisation.

Der Vorstoß der Nazi schlug aber in das Gegenteil um. Unter Führung der Vertreter der Postbeamtenorganisation erklärte sich die große Mehrheit des Bundestages gegen die Nationalsozialisten. Zwar wurde wiederum die „parteiliche Neutralität“ beschlossen, aber gleichzeitig wurden alle Mißtrauensanträge der Nazis gegen den Bundesvorstand abgelehnt und der Bundesvorstand mit Flügel als Vorsitzenden wiedergewählt.

Geld- und Gefängnisstrafen gegen Schulstreik aber das Kinderelend bleibt

In Essen hatten Eltern und Lehrer im Juli vorigen Jahres einen Schulstreik geführt, um die Stadtverwaltung, bei der jeder Appell um Hilfsmaßnahmen und um Behebung unhaltbarer Zustände an den Schulen ungehört verklungen war, zum Eingreifen zu zwingen. Es wurde verlangt, eine ausreichende Schulspeisung zu schaffen und den erfolgten Lehrabbau wieder rückgängig zu machen. Wie völlig unzureichend die Schulspeisungen waren und auch heute noch sind, geht aus folgenden Beispielen hervor: An einer Schule in Katernberg stehen wöchentlich für 100 Kinder ganze vier Liter Milch, — in Borbeck für 205 Kinder sogar nur fünf Liter Milch zur Verfügung.

Die Stadtverwaltung Essen, an deren Spitze immer noch Braucht sticht, strengte gegen mehrere hundert Eltern, darunter auch Lehrer und Redatoren, Prozesse wegen des geführten Schulstreiks an. Hunderte von Eltern sind verurteilt worden, darunter nicht wenige, die eine Geldstrafe von über 100 Mark zu leisten hatten; die im Unvermögensfalle anstelle der Geldstrafe eintretende Freiheitsstrafe hatte das Gericht zunächst auf 1 Jahr ausgesetzt. Aber es stehen heute noch immer die Erledigung von 500 Prozessen aus, die man bereits für eingestellt glaubte,

deren Durchführung jedoch von der Essener Stadtverwaltung erneut gefordert wird.

Aus reinen Prestige-Gründen fordert also die Stadtverwaltung die Bestrafung von Personen, die sich gegen ihre Saumseligkeit mit Recht aufgelehnt und sich für die notleidenden Kinder eingesetzt hatten. Dieses Verhalten, bei jedem Schamgefühl und jeder Menschlichkeit, dürfte einzigartig dastehen; indes, für die Kinder ist nichts geschieden. Grausige Ironie auf die Not elender Proletarierkinder! Es wird ein Riesenaufgebot des Justizapparates gemacht, unbekannte Summen Geldes zur Bestrafung der empörten Eltern und Erzieher aufgebracht, die Kinder aber bleiben im Elend!

D. d.